

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51  
FDP im Internet: www.http://www.fdp.ch  
E-Mail: gs@fdp-prd.ch  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

## SP-FÜHRUNG Wohin des Wegs?

# Die SP hat den Zenit überschritten

Die Führungskrise der SP Schweiz tritt immer offensichtlicher zutage. Bald nach dem Abgang des Pragmatikers André Daguét vom Generalsekretariat reiht sich eine Panne an die andere. Vor diesem Hintergrund ist auch der Rücktritt des Präsidenten Peter Bodenmann zu verstehen. Ein Zeichen mehr, dass die SP den Zenit des Erfolgs überschritten hat.

Schweiz hat sich vier Wochen nach dem umstrittenen Interview zusammengefunden, um sich gegen Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz zu verschwören. Unter Führung der zwei Hitzköpfe Paul Rechsteiner und Nils de Dardel beschloss der Vorstand nach gewalteter Diskussion, den genannten Bundesrat als «untragbar» zu bezeichnen. Manch einem und einer wäre im Nachhinein vermutlich ein anderes Ergebnis lieber gewesen, so prompt und unmissverständlich waren die Reaktionen inner- und ausserhalb der Partei.

### «Nicht einverstanden»

Der eigene SP-Bundesrat Moritz Leuenberger zum Beispiel ist «mit diesem Entscheid überhaupt nicht einverstanden». Das sozialdemokratische Establishment in der Romandie schrie auf und konnte nicht verstehen, dass dem Waadtländer Bundesrat ein braunes Mäntelchen umgehängt werden soll. Das Volk reagierte empört und befand in

Umfragen mit grosser Mehrheit, dass für den FDP-Bundesrat absolut kein Grund zum Rücktritt bestehe. Die Bundeshausfraktion der SP durfte zum geforderten Rücktritt keine Stellung beziehen, sondern nur das unbestimmtere Manifest einiger Kulturschaffender unterstützen. Damit sollten die Wogen wohl etwas geglättet werden. Erstaunlicherweise signierten dieselben Nationalräte Rechsteiner und de Dardel, die schon die Rücktrittsforderung an Bundesrat Delamuraz inszeniert hatten, als Erstunterzeichner das Manifest. Nebenbei bemerkt: Gehört auch diese wohlorchestrierte Aktion zum «Ereignismanagement» nach Bodenmannscher Art?

### Keine Überweisung der Mitgliederbeiträge mehr

Die SP-Basis vertritt weitgehend eine andere Position als die abgehoben argumentierenden Vorstandsmitglieder. So schreibt zum Beispiel die SP Meiringen-Oberhasli klare Worte: «Die SPS missbrauchte ausgerechnet Bundesrat Delamuraz in ihrem Abstimmungskampf gegen das neue Arbeitsgesetz und bezeichnete ihn als «dritten Sozialdemokraten» im Bundesrat. Nur zwei Monate später schiesst ihm der SPS-Vorstand in

## FDP SCHWEIZ

### Inhalt

- Zum Thema Holocaust-Gelder lesen Sie ein Interview mit Parteipräsident Franz Steinegger ab Seite **5**
- Eine Einschätzung der Parteien aus Sicht der Medien finden Sie auf Seite **10**
- Eine Vorschau auf die Märzsession finden Sie auf Seite **11**
- Ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz: Wo und wann sie stattfindet, erfahren Sie auf Seite **20**



GUIDO SCHOMMER,  
PRESSECHIEF  
FDP SCHWEIZ



Die Erfolge, die das Duo Bodenmann/Daguét der SPS beschieden hat, sind neidlos anzuerkennen. Geschickt im Taktieren, intelligent in der politischen Auseinandersetzung, auch begünstigt durch die wirtschaftliche Rezession, haben sie es verstanden, der SP zunehmende Wähleranteile zu beschreiben. Der Höhepunkt ist jedoch im Herbst 1995 erklimmen worden. Praktisch das ganze linke Potential der Schweiz hat für die SP gestimmt. Da ein weiterer Ausbau der Position fast nicht mehr möglich scheint, haben die beiden schlaunen Füchse, «als es am schönsten war», ihren Rücktritt eingereicht.

### Wie man in den Wald ruft, so tönt es zurück

Doch nun zu den Pannen. Der Vorstand der SP

den Rücken.» Diese Partei-sektion wird folgerichtig dieses Jahr keine Mitgliederbeiträge an die Schweizer Parteizentrale überweisen.

### Zunehmende Ideologisierung der Parteispitze

Die vorhandenen Hinweise lassen auf eine zunehmende Ideologisierung der Parteispitze schliessen. Die 68er und ihre Kinder gewinnen innerhalb der SP-Spitze wieder Oberhand. Die SP-Frauen fordern kurz nach Bekanntgabe des Rücktritts des SP-Oberhirten Bodenmann undifferenziert und pauschal, dass auch das Präsidium durch eine Frau zu besetzen sei. Und dies, obwohl bereits Fraktionspräsidium, Generalsekretariat und einer der beiden Bundesratsitze von Frauen besetzt werden. Dies klingt verdächtig nach altbekannter feministischer Ideologie.

### Wunsch nach «weniger Ernsthaftigkeit und mehr Beweglichkeit...»

Auch (bald) alt Präsident Bodenmann hat die Tendenz zur Stärkung der sturlinken Ideologie innerhalb der eigenen Reihen schon festgestellt.

Er lässt keine Gelegenheit aus, um die Nachfolgerin oder den Nachfolger «vorzuspüren». Auf seinem Weg ins Wallis setzt er seine Kronfavoriten von sich aus aufs Kandidaten-Karussell. Dies tut er wohl auch, um «seine» Partei von pragmatischen Leuten geführt zu wissen. Der Trend in der SP läuft in die andere Richtung, die Dogmatiker gewinnen Boden.

Diese Tatsache wird seinen Rücktrittsentscheid nicht hinausgezögert haben, wünschte er der neuen Generalsekretärin Haering Binder doch «weniger Ernsthaftigkeit und mehr Beweglichkeit...».

HERN DR.  
FRANZ GEORG MAIER  
DIR. SCHM. LANDESBID.  
HALLMULSTRASSE 15  
3003 BERN

50-62600001

229

10563

HINTERGRUND ◉ Europäische und schweizerische Energiepolitik

# Wieviel Freiheit für das Gut Energie?

**Nur wenige wirtschaftliche Güter sind in ähnlichem Mass wie die Energie öffentlichen Eingriffen ausgesetzt – von der Europäischen Union bis zu den schweizerischen Gemeinden. Indessen ist auch diese Schlüsselbranche von neuzeitlichen Liberalisierungsbewegungen erfasst worden. Die Widerstände dagegen sind freilich ebenfalls beträchtlich, was sich nicht zuletzt aus den ökologischen Gegebenheiten des Energiesektors erklärt.**

.....  
**WILLY ZELLER, STÄFA**  
 .....

In der EU ist das Bemühen um energiepolitische Steuerung so laut wie das Integrationsgebilde selber, das früher den Namen Europäische Gemeinschaften führte. Die Entwicklung begann bereits 1952 mit der Verwirklichung der Montanunion, die neben dem Markt für Stahl denjenigen für Kohle zu vereinheitli-

Erdgasmärkten zu beschäftigen. Heute hat vor allem die Elektrizitätswirtschaft Aktualität erlangt. Was Brüssel dabei vorzukehren beabsichtigt, ist von erheblichem Einfluss auch auf die Schweiz.

## Liberalisierungsbemühungen um den leitungsgebundenen Strom

Es ist in der EU eine schrittweise, aber massgebliche Liberalisierung der Strom-

gebracht. Schweizerische Belege dafür liefern die französischen und deutschen Beteiligungen an der Motor Columbus AG und die deutsche Konsortialpartizipation an der Watt AG. Gewichtige kapitalseitige Staatseinflüsse bleiben aber vielerorts bestehen, und weil elektrischer Strom die Besonderheit hat, über – in der Regel konzessionspflichtige – Netze verteilt zu werden, ist unbeschränkter Wettbewerb schwer zu bewerkstelligen.

Energiepolitische Belange werden jedenfalls weiterhin am Werk sein. Für die Schweiz, die stark mit dem europäischen Stromverbundsystem liiert ist, ergibt sich eine faktische Abhängigkeit von der Brüsseler Energiepolitik. Bei der Ordnung der Märkte ist vor allem umstritten, ob das Prinzip des beliebig freien Netzzugangs verwirklicht werden soll oder ob man sich mit dem sogenannten Alleinabnehmer und -verteilerkonzept (bei lediglich freier Wahl der Lieferanten) begnügen will.

## Dichte Rechtsetzungsagenda

Die skizzierten elektrizitätswirtschaftlichen Probleme sind es nicht allein, welche zurzeit die energiepolitische Agenda befrachten. In der Schweiz werden in nächster Zeit auf verschiedenen Rechtsetzungsebenen weitere Pendenzen fällig. Zwei Volksinitiativen, stichwortartig als Energie-Umwelt-Initiative und als Solar-Initiative bezeichnet, gelten dabei allerdings wegen ihrer fiskali-

schen Einseitigkeiten als wenig aussichtsreich. Gewichtiger ist das Energiegesetz, das den geltenden Energienutzungsbeschluss und das Aktionsprogramm «Energie 2000» zur Jahrhundertwende ablösen soll. Indirekt gehört zu seinen umweltpolitischen Komponenten das CO<sub>2</sub>-Gesetz, für welches die Vernehmlassungsfrist abgelaufen ist; es strebt – vorerst ohne Lenkungsabgabe – eine zehnprozentige Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2010 (gegenüber 1990) an.

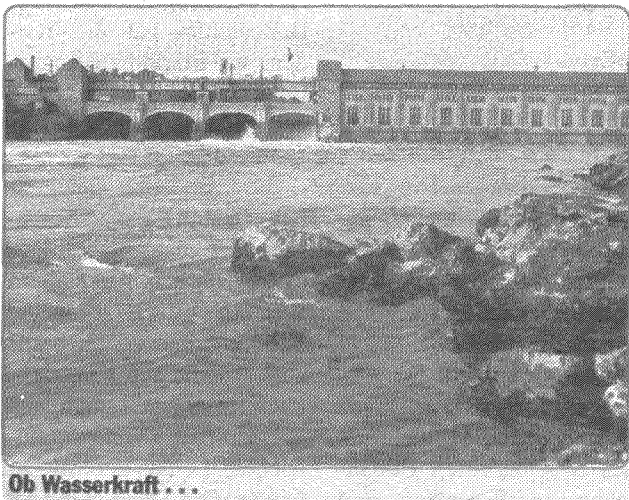
Der Entwurf zum Energiegesetz liegt bereits in zweiter Auflage vor. Der Erlass ist nun weniger interventionistisch konzipiert, und er hat namentlich die aus der Wirtschaft stammende Anregung einer offenen Zusammenarbeit zwischen Behörden und privaten Organisationen aufgenommen. Dies ist sinnvoll im Blick auf die Erfüllung der permanenten Aufgabe,

## ZUM THEMA

.....  
 Gewichtige kapitalseitige Staatseinflüsse bleiben aber vielerorts bestehen, und weil elektrischer Strom die Besonderheit hat, über – in der Regel konzessionspflichtige – Netze verteilt zu werden, ist unbeschränkter Wettbewerb schwer zu bewerkstelligen.

.....  
 Zwei Volksinitiativen, stichwortartig als Energie-Umwelt-Initiative und als Solar-Initiative bezeichnet, gelten dabei allerdings wegen ihrer fiskalischen Einseitigkeiten als wenig aussichtsreich.

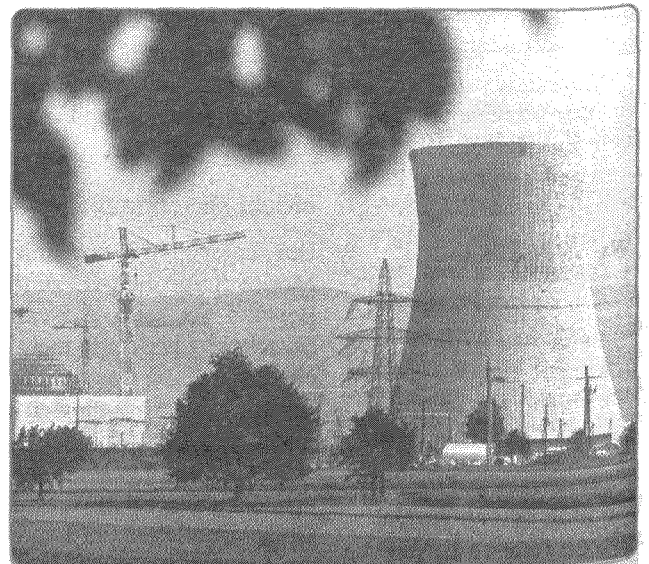
Wirtschaft und Konsumenten sicher, kostengünstig, qualitätsgerecht und umweltschonend mit Energie zu versorgen und dies auf möglichst freiheitliche Art zu tun.



Ob Wasserkraft . . .

chen suchte. 1958 kam die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) mit dem Ziel der Gemeinsamkeit der friedlichen Nutzung der Kernkraft hinzu, und die gleichzeitig gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hatte sich bald mit den Erdöl- und

märkte geplant, die vorerst sogenannten Grosskunden den freien Zugang zu den Produzenten verschaffen und damit echten Angebotswettbewerb herbeiführen soll. Dieses wichtige integrationspolitische Vorhaben hat Bewegung in die Unternehmensstrukturen



. . . oder Atomkraft: Energiefragen werden die Politik wieder beschäftigen. (Photos key)

IM GESPRÄCH  Walter Sommer, Mitglied Geschäftsleitung FDP Schweiz

# «Wir brauchen die Freiheit im Denken»

## WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Es nicht versucht zu haben ist die grösste Niederlage.

## WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Auf dass sich der Geist der Aufklärung bei allen Teilen unserer Gesellschaft zeitig genug durchsetze, oder einfacher: auf den mündigen Menschen.

## WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Die grosse Zahl der Zauderer und Verhinderer, welche einzig die Sehnsucht nach dem schöneren Gestern treibt.

## WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Die Nutzung von elektrischer Energie ist ebenso wesentlich, wie wir auf viele durch sie betriebene Geräte verzichten könnten.

## WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Das Perpetuum mobile.

## WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Letztlich den Willen ihres Volkes, trotzdem besser sein zu wollen.

## WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Der nur schwer zu überwindende Patriotismus aus dem Album. Auch der fehlende



Würde einen Nobelpreis für Politiker Helmut Kohl verleihen: Walter Sommer. (Photo ruti)

Mut, die mangelnde Bereitschaft zum Risiko und das Manko an Vertrauen in die Zukunft.

## WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Für die «globalisierte» Wirtschaft zu einem attraktiven Forschungs- und Werkplatz von bleibender Bedeutung.

## «MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Ja. – Da ist es nicht anders als in der schweizerischen (Macht-)Politik: Wie ergatterst du eine Mehrheit, ohne dass das Stimmvolk es durchschaut.

## GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

An den gut trainierten Helmut Kohl. Er schafft es,

das Schaffen von Mehrwert durch eine ungebremste Wirtschaft angewiesen sind.

## WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Sie ist nicht ohne geistiges Potential, vernachlässigt aber vor lauter Grabenkriegen momentan zu sehr, ihre Position zu definieren.

## WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Meine vom Umfeld gezügelte Ungeduld, aber sonst stimmt Gott sei Dank meine Veranlagung mit dem überein, was ich tue.

## WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Den des Architekten, weil er gleichzeitig kreativ sein und realisieren kann.

## WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

## STICHWORTE

**INTERNET:** Kommt man drum rum?

**SOZIALSTAAT:** Hat böses eskaliert.

**NEAT:** Nicht ohne Ostschweiz.

**AGRARPOLITIK:** Silberstreifen am Horizont.

**VERFASSUNGSREVISION:** Gratulation, Herr Koller!

**PREISÜBERWACHER:** Alibiübung.

**«ARENA»:** Aktuelles, lebendiges Sendegefäss.

Schon zu lange ist's her!

## WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Helmut Maucher. Auch ich möchte es mir leisten können, eigenständig mit gutem Gespür über vielen Dingen zu stehen.

## WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Weniger bloss funktionieren und wieder einmal mehr Zeit für mich haben.

## WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Loszulassen, mich mit der Familie auf den Weg zu machen. Warum nicht längere Ferien in Australien? ■

## KURZBIOGRAPHIE

### Walter Sommer

**ZUR PERSON:** Sommer Walter, 18. September 1951, evangelisch, verheiratet mit Edith Sommer-Isler, drei Söhne, 8253 Diessenhofen, Griesaldenstrasse 31

**ALTER:** 45

**BERUFLICHE STATIONEN:** 1978: Lizentiat der Staats- und Rechtswissenschaften

Universität Zürich; 1979–82 Gerichtssekretär Bezirksgericht Zürich; 1982–87 Chef Rechtsdienst Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau; seit 1987: Gemeinde- und Stadtmann (-präsident) von Diessenhofen.

**POLITISCHER WERDEGANG:** 1984–87 Mitglied des Stadtrates Diessenhofen, seit 1987 Stadtmann;

1988–96 Mitglied des Grossen Rates des Kantons Thurgau; seit 1994 Mitglied des Vorstandes der Schweizerischen Offiziersgesellschaft; seit 1996 Mitglied der Geschäftsleitung FDP Schweiz, Präsident/Vorstandsmitglied diverser regionaler, kantonaler und schweizerischer Vereinigungen.

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Gestaltend umsetzen.

# Politische Führung im New Public Management

Der staatliche Sektor steht heute unter einem starken externen und internen Konkurrenzdruck. Der weltweite Wettbewerb der Standorte und das zunehmende Bedürfnis der Bevölkerung nach vermehrter Kundenorientierung der öffentlichen Verwaltung zwingen die staatlichen Institutionen und ihre Entscheidungsträger, sich in einem marktwirtschaftlichen Umfeld als Dienstleister zu behaupten. Mit New Public Management steht ein ganzheitlicher Lösungsansatz zur Verfügung.

Über die Tätigkeit der Verwaltung im Rahmen des New Public Management sind bereits zahlreiche

Kenntnisse vorhanden. Ungenügend ist dagegen das Wissen über die Ausgestaltung der politischen Führungstätigkeit unter New Public Management. Diese Lücke wird durch dieses Buch ausgefüllt.

Das Werk beschreibt ausführlich die Rolle der politischen Führung im New Public Management in Theorie und Praxis. Mittels der Darstellung eines Regelkreises zeigt die Schrift auf, wie die politische Führung im New Public Management tätig und strukturiert sein kann. Das Buch stellt damit eine wertvolle Grundlage für die weitere wissenschaftliche und politische Diskussion dar.

Der Autor dieses Buches, Peter Grünenfelder, ist Politischer Sekretär für Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrspolitik im Generalsekretariat der FDP Schweiz.

«Die Rolle der politischen Führung im New Public Management.» Von Peter Grünenfelder. Verlag Paul Haupt, Bern 1997. 335 Seiten, Fr. 68.—. ISBN 3-258-05565-3.



# Herausforderung Standort Schweiz

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich derzeit in einer Phase, die von starkem Wandel geprägt ist. In der Vergangenheit angewandte Konzepte und Organisationsstrukturen genügen nicht mehr, um im zunehmend intensiven Wettbewerb erfolgreich zu sein. Dieser Wettbewerbsdruck, hervorgerufen durch die sich in rascher Folge ablösenden Entwicklungen im Bereich der Computerindustrie und Telekommunikation sowie durch die Globalisierung der Märkte, zwingt auch die schweizerischen Unternehmen dazu, sich im veränderten Umfeld neu zu positionieren.

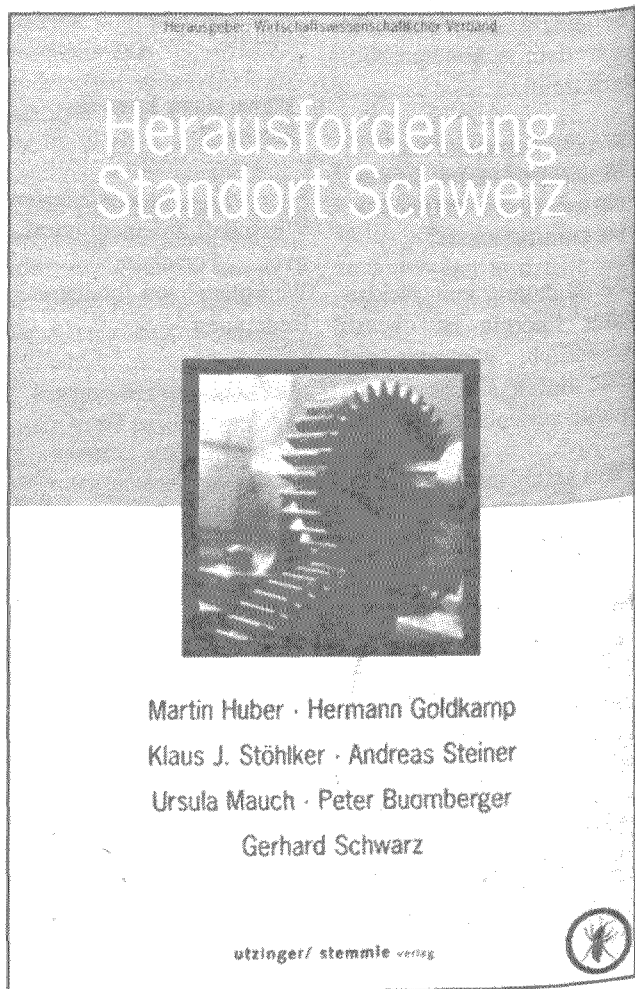
Zahlreiche Probleme verunsichern die Schweizer

Konsumenten: die Finanzierung der Sozialversicherungen ist ungelöst, die Arbeitslosigkeit steigt und die Zukunft des eigenen Wohlstandes ist unklar. Auch die grossen Handelspartner der Schweiz stecken in einer Krise, wodurch die Exportwirtschaft in eine Restrukturierungsphase gedrängt wurde.

Der Standort Schweiz steht also vor grossen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund entstand dieses Buch, das geprägt wird von Diskussionen um die Zukunft des Sozialstaates, die Finanzierung der Neat, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe und die Beziehungen der Schweiz zur EU.

Das Ziel des Buches ist es, einen Beitrag zur Diskussion der derzeitigen Probleme der Schweiz und ihrer Ursachen zu leisten sowie mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen.

«Herausforderung Standort Schweiz.» Vom Wirtschaftswissenschaftlichen Verband (Hsrg.), mit Beiträgen von Martin Huber, Hermann Goldkarp, Klaus J. Stöhlker, Andreas Steiner, Ursula Mauch, Peter Buomberger und Gerhard Schwarz. Utzinger/Stemmle-Verlag, Rieden b. Baden, 1996. 163 Seiten. ISBN 3-908688-13-2.



Martin Huber · Hermann Goldkarp  
Klaus J. Stöhlker · Andreas Steiner  
Ursula Mauch · Peter Buomberger  
Gerhard Schwarz

utzinger/ stemmle verlag



HOLOCAUST-GELDER ◊ Der Parteipräsident im Interview

# «Im Geiste des Entgegenkommens verkehren»

**Wie soll sich die Schweiz in der Frage der Holocaust-Gelder verhalten? Wie gehen wir mit unserer Schweizer Geschichte um? Haben ausländische Staaten nicht ähnliche Probleme? Die Überlegungen von FDP-Präsident Franz Steinegger hat der «Freisinn» in einem Interview erfragt.**

werte Naziopfer» unter Thomas Borer eingesetzt. Sie hat mit einem einstimmigen Dringlichen Bundesbeschluss die Untersuchung des Finanzplatzes Schweiz während der Nazizeit eingeleitet und das Forscherteam unter Professor Jean-François Bergier eingesetzt. Sie hat rasch einen Spezialfonds für Holocaust-Opfer eingerichtet, der bisher primär durch die drei Grossbanken gespeist wird. Und die Schweiz hat die Schaffung einer definitiven Struktur in Angriff genommen, die bis im Sommer stehen soll. Wir müssen noch weitermachen. Wir müssen aber sehr wachsam sein, dass wir nicht mit vorgefassten Meinungen ans Werk gehen. Es kann nämlich nicht darum gehen, die «Geschichte umzuschreiben», wie das die Linke ausdrückt, um den Stellenwert



FDP-Parteipräsident Franz Steinegger.

(Photo ruti)

**HERR PARTEIPRÄSIDENT STEINEGGER, WIE IST DIE SCHWEIZ DIE FRAGE DER HOLOCAUST-GELDER ANGEANGEN?**

FDP-Präsident Franz Steinegger (F.S.): «Die Schweiz hat bereits sehr viel geleistet in der Frage der Holocaust-Gelder. Sie hat die koordinierende «Task Force Vermögens-

der bewaffneten Landesverteidigung für die Unversehrtheit unseres Landes am Ende des Zweiten Weltkriegs zu minimieren.

Die Linke weigert sich, sich mit den Gegenwartsproblemen auseinanderzusetzen. Dies passt zu ihrem auch sonst strukturkonservativen Kurs. Sie muss davon ablenken, dass sie in den zwanziger und dreissiger Jahren die notwendige Aufrüstung der Schweizer Armee hintertrieben hat.

Was uns Freisinnige angeht, brauchen wir uns nicht zu schämen: Immerhin haben in der Schweiz Protestanten, Katholiken, Juden und alle übrigen den Zweiten Weltkrieg unverehrt überlebt.»

**WIE STELLEN SIE SICH ZU DEN BISHERIGEN ANSTRENGUNGEN DES BUNDESRATES IN SACHEN HUMANITÄRER FONDS?**

F.S.: «Es ist richtig, dass der Bundesrat jetzt gehandelt hat und die gesproche-

## ZUM THEMA

Die Linke muss davon ablenken, dass sie in den zwanziger und dreissiger Jahren die notwendige Aufrüstung der Schweizer Armee hintertrieben hat.

In einem zweiten Schritt soll aber eine humanitäre Stiftung mit eigenen Beiträgen auch des Bundes geschaffen werden, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind.

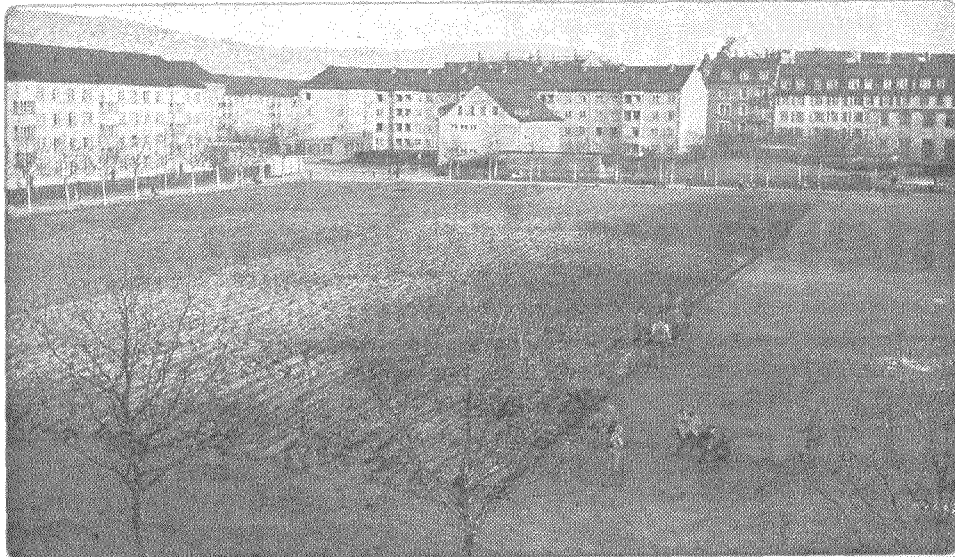
Die Motion, welche die FDP-Fraktion in der Dezembersession eingereicht hat, verlangt einen besonderen Fonds für nachrichtenslose Vermögen aus der Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.



Flüchtlinge in der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

(Photo key)

FORTSETZUNG AUF SEITE 6



Anbauschlacht in der Schweiz. Sportplätze werden umgeackert.

**FORTSETZUNG VON SEITE 5**

nen Gelder der Grossbanken und von Teilen der Wirtschaft raschmöglichst den Bedürftigen zukommen lässt. In einem zweiten Schritt soll aber eine humanitäre Stiftung mit eigenen Beiträgen auch des Bundes geschaffen werden, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Jene Stiftung soll dann aus Zuwendungen von Bund, Nationalbank und weiteren Wirtschaftskreisen gespeist werden. Sie soll aber auch für private Sammelaktionen oder private Einzelspenden offenstehen.»

**WIE VERHÄLT SICH DER NUN BESCHLOSSENE SPEZIALFONDS ZU DEN NACHRICHTENLOSEN VERMÖGEN?**

F.S.: «Dies sind zwei verschiedene Dinge. Die Motion, welche die FDP-Fraktion in der Dezembersession eingereicht hat, verlangt einen besonderen Fonds für nachrichtlose Vermögen aus der Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Stossrichtung dieser Motion wird – insbesondere im Hinblick auf die Schaffung von umfassenden Rechtsgrundlagen für die nachrichtlosen Vermögen – nicht hinfällig.

Die Motion soll auch dazu führen, dass die Banken aus der Verpflichtung zur jahrzehntelangen Verwaltung von nachrichtlosen Vermögen entlassen werden. Ausländische Beispiele kennen einen Eigentumsübergang dieser Vermögen an den Staat nach einer bestimmten Anzahl Jahre ohne Meldung der Berechtigten. Mit einer ähnlichen Lösung könnte der weitherum entstandene – falsche – Eindruck in Zukunft vermieden werden, die Banken hätten sich die Vermögen angeeignet. Eine analoge Lösung ist für die Schweiz zu prüfen.

**WAS HALTEN SIE VON DEN VOR ALLEM IM AUSLAND LAUT GEWORDENEN VORWÜRFEN, DIE SCHWEIZ VERSAGE BEI DER AUFARBEITUNG IHRER GESCHICHTE?**

F.S.: «In der Judenfrage haben alle Staaten Schuld auf sich geladen, nicht nur die von den Achsenmächten umgebene Schweiz. Zum Beispiel sind mehrere Projekte, die Ausreise der Juden aus den von Hitler besetzten Ländern zu ermöglichen, an Widerstand der US-Behörden gescheitert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die Evian-Konferenz von 1938. Keinesfalls will ich damit

die Verdienste der Verbündeten zur Niederringung der Naziherrschaft herabwürdigen.»

**WAS HALTEN SIE VON DEN VERSUCHEN, DIE UNVERSEHRTHEIT DER SCHWEIZ IM ZWEITEN WELTKRIEG ALLEIN MIT EINER «KOMPLIZENSCHAFT» DER SCHWEIZ MIT DEN ACHSENMÄCHTEN ZU BEGRÜNDEN?**

F.S.: «Wenig. Vor allem pazifistische, armeekritische und linke Kreise sehen die Gelegenheit, die Geschichte «umzuschreiben», um den Stellenwert der bewaffneten Landesverteidigung zu minimieren. Bei der Finanzplatzdiskussion dürften auch Interessen anderer Finanzplätze mitspielen. Neben dieser innenpolitischen Instrumentalisierung konnten gewisse Exponenten der Versuchung nicht widerstehen, von der grössten Tragödie der letzten Jahrhunderte parteipolitisch profitieren zu wollen. Es ist geradezu peinlich, wie nun linke Kreise aus dieser schwierigen Phase unserer Geschichte Kapital zu schlagen versuchen und mit pauschalen Unterstellungen und Vorwürfen an Behörden und Wirtschaft einseitige Schuldzuweisungen vornehmen.»

Herr Parteipräsident Franz Steinegger, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

**ZUM THEMA**

*In der Judenfrage haben alle Staaten Schuld auf sich geladen, nicht nur die von den Achsenmächten umgebene Schweiz.*

*Vor allem pazifistische, armeekritische und linke Kreise sehen die Gelegenheit, die Geschichte «umzuschreiben», um den Stellenwert der bewaffneten Landesverteidigung zu minimieren.*

*Es ist geradezu peinlich, wie nun linke Kreise aus dieser schwierigen Phase unserer Geschichte Kapital zu schlagen versuchen und mit pauschalen Unterstellungen und Vorwürfen an Behörden und Wirtschaft einseitige Schuldzuweisungen vornehmen.*



Europa unter dem Nazi-Joch: Einmarsch deutscher Truppen in Österreich 1938. (Photos key)

**HOLOCAUST-GELDER** ◊ Zur Diskussion über die Geschichtsschreibung

# Wider die helvetische Selbstzerfleischung

**Linke Kreise wollen die gegenwärtige Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nutzen, um die Geschichte in ihrem Sinne umzuschreiben. Gefragt ist aber eine differenzierte Beurteilung der damaligen Leistungen. Beherrzte Signale aus Politik und Wirtschaft sind jetzt nötig für eine konstruktive Zusammenarbeit.**

FDP-NATIONALRAT  
GEROLD BÜHRER,  
THAYNGEN (SH)



«Wir müssen darauf verzichten, unsere Fortschrittlichkeit

damit beweisen zu wollen, dass wir alles für scheusslich halten und mit Füßen treten.»

Diese Bemerkung von Jeanne Hersch geht zurück auf den Anfang der achtziger Jahre. Die Gedanken stehen im Zusammenhang mit der in der Spätphase der Hochkonjunktur entstandenen negativen Haltung gegenüber dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in unserem Land. Eine Phase, in der es nicht um die Bewältigung der Geschichte ging, sondern in der negative Effekte einer florierenden Wirtschaft im Zentrum niederreisender Kommentare standen.

## Parallelen zur Ökologiediskussion

Damals ging es um den vermeintlichen Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und Ökologie. Heute sind es eine schleppende Wirtschaft und die Bewältigung der jüngeren Geschichte, die uns lähmen. Die seinerzeitige Bewegung hatte 1991 anlässlich der 700-Jahr-Feierlichkeiten ei-

lung und helvetischer Selbsteinschätzung ergibt.

## Aufarbeitung ohne Wenn und Aber

Über die ohne Wenn und Aber notwendige Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges hinaus wird Verängstigung um jeden Preis betrieben. Um jegliche falschen Schlussfolgerungen zu vermeiden: Die Verschlechterung der Wirtschaftslage und der rasante Wandel der Technik in den letzten Jahren sind objektive Tatbestände, die verständlicherweise auf die Stimmung der Menschen in unserem Land drücken.

Die Tatsache, dass es auch in unserem Land im letzten Weltkrieg dunkle Flecken gab, ist nicht erst seit den jüngsten Schlagzeilen um die nachrichtenlosen

nen eigentlichen Höhepunkt. Das schweizerische Selbstverständnis geriet bereits damals, allen Feiern zum Trotz, ins Wanken.

Das Pendel hat nach einer Periode teilweiser Selbstüberschätzung in überzogenen Negativismus und vermehrt auch in Resignation umgeschlagen. Es erstaunt daher nicht, wenn in eine renommierten englischen Zeitung eine Umfrage gerade für die Schweiz eine der grössten Differenzen zwischen positiver ausländischer Beurtei-

lung und das Raubgold bekannt. Dass diese sensible Thematik noch einmal grösseren Widerhall finden würde, hätte man eigentlich bei sorgfältiger Lagebeurteilung erkennen müssen. Von daher betrachtet, hat das zögerliche, lange Zeit unprofessionelle Vorgehen seitens der Politik und des Finanzplatzes unserem Land unnötigerweise Schaden zugefügt.

Sieht man vom gegenwärtigen Medienwirbel einmal ab, so darf mit Bezug auf die innenpolitische Verarbeitung die Frage nach der Bewertung dieser Epoche nicht einfach ausser acht gelassen werden.

Churchill hat in seiner oft zitierten Erklärung gegen Ende des Zweiten Weltkrieges festgehalten, dass die schweizerische Neutralität die höchste Wertschätzung verdiene. Dieses Verdienst dürfe nicht herabgemindert werden, weil die Schweiz dem umzingelnden Nationalsozialismus zu stark entgegengekommen sei. Ist diese Sicht Churchills als Leitplanke weiterhin aufrechtzuerhalten, oder ist jenen kritischen Zeitgenossen recht zu geben, welche die heftige Kritik gegenüber unserem Land nicht nur verstehen, sondern eigentliche Strafaktionen sogar noch akzeptieren?

## Nicht nur das Schlechte sehen

Die vorwiegend wirtschaftlichen und technischen Rezepte, wie die Schweiz wieder nach vorne gebracht werden kann, haben gerade in jüngster Vergangenheit zu Recht breite Diskussio-

nen entfacht. Was es jetzt angesichts der bedrohlich gewachsenen Verunsicherung mehr denn je braucht, ist eine Besinnung auf das, was bei uns gut ist. Die genüsslich betriebene Selbstzerfleischung muss hingegen ein Ende nehmen. Wenn wir zulassen, dass die insgesamt grosse Leistung der Schweizer Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg undifferenziert vom Sockel gerissen werden kann, ritzen wir einmal mehr an unserer Identität.

Eine freiheitliche Gesellschaft muss zweifellos mit der Diskussion um ihre Vergangenheit leben können. Dem Versuch, mittels solcher Zerrbilder beispielsweise unsere Sicherheitspolitik oder einmal mehr den bedeutenden Dienstleistungs- und Finanzplatz ideologischer Schwärmerei unterzuordnen, ist entschlossen entgegenzutreten. Statt sich überall nur das Schlechte einzureden, sollten wir uns wieder mehr von jenen Leistungen leiten lassen, welche sich durch den Willen zum nationalen Zusammenhalt auszeichneten.

## Selbstsichere Gangart nötig

«Die Hoffnungslosigkeit ist schon die vorweggenommene Niederlage.» Ziehen wir endlich die Lehre aus dieser Schlussfolgerung Karl Jaspers. Hören wir auf, sei es mit Bezug auf die Geschichte oder auf die Zukunft, uns immer nur einzureden, wie schlecht wir seien. Das negative Eintopfgericht muss endlich durch eine selbstsichere Gangart abgelöst werden.

Voraussetzung dazu sind unmissverständliche Signale aus Politik und Wirtschaft zur Förderung einer wieder konstruktiven, im Interesse des Landes liegenden Verständigung und Zusammenarbeit. ■



Sir Winston Churchill: «Von allen Neutralen hat die Schweiz das grösste Anrecht auf bevorzugte Behandlung.» (Photo key)

ALPTRANSIT  Vorgehen Schritt für Schritt

# Neat und die dritte Dimension

**Die Neat-Diskussion konzentriert sich immer mehr auf die Bereiche Finanzierung und Bau. Betriebliche Aspekte, topographische sowie bahntechnische Gegebenheiten und die Bedürfnisfrage treten dabei in den Hintergrund, ebenso die besonders komplexe Zufahrtstreckenproblematik. Neuerdings wird der Blickwinkel sogar auf die Geologie eingeeengt. Die geradezu sprichwörtliche Unfähigkeit der Schweiz zur Umkehr auf falschen Wegen bestätigt sich einmal mehr.**

HANS BISIG  
STÄNDERAT, LACHEN SZ



Das vom Bundesrat vorgeschlagene Investitionsprogramm hält nicht zuletzt aus regionalpolitischen Gründen an der Netzlösung fest. Die Behandlung der Vorlage im Ständerat verlor sich nach einer guten Startphase ebenfalls im regionalpolitischen Hickhack, dabei hatte die Kommissionsmehrheit einen gangbaren Weg aufgezeigt. Im Gegensatz zum Bundesrat hat sie nämlich die dritte Dimension in ihre Überlegungen mit einbezogen und erkannt, dass die mit einem Gesamtaufwand von rund 900 Millionen Franken neu ausgebaute Lötschberg-Scheitelstrecke Teil des Neat-Netzes sein muss.

## Vorerst Optimierung der heutigen Gegebenheiten

Die Frage, ob der Lötschbergbasistunnel wesentlich mehr bringt als eine optimierte Scheitelstrecke, ist bis heute unbeantwortet. Im Wissen darum, dass die Probleme primär nicht am Lötschberg, sondern im Bereich der Zufahrtstrecken liegen, weicht man einem

unvoreingenommenen Vergleich aus und versucht mit einem masslos überrissenen Scheitellinienprojekt Stimmung für den Basistunnel zu machen. Dabei wissen alle Beteiligten sehr genau, dass die Zufahrtstrecke Basel-Olten, Bern-Spiez und Brig-Domodossola sowie die auch bei einem Basistunnel verbleibenden Rampen Lötschberg-Nord und Simplon-Süd die Kapazitäten bestimmen. Abgesehen davon würden vorläufig höhere Kapazitäten vom Markt gar nicht genutzt. Dies stellt die BLS in einem Schreiben an das Bundesamt für Verkehr im Zusammenhang mit dem Huckepack-Angebot 2004 selber fest.

Die Kapazitätssteigerung eines Lötschbergbasistunnels gegenüber einer optimierten (nicht maximierten) Scheitelstrecke ist vernachlässigbar klein. Nationale und internationale Verpflichtungen sowie die Vernunft verlangen darum in einer ersten Phase die Eliminierung der offensichtlichen Schwachstellen der Scheitelstrecke. Für eine zeitgerechte Umsetzung des Transitvertrages braucht es vorläufig nichts anderes, vor allem keinen neuen Scheiteltunnel.

## Der Gotthard ist gesetzt

Völlig anders sieht es am Gotthard aus. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine echte Flachbahn mit allen betrieblichen und wirtschaftlichen Vorteilen. Im ganzen Alpenraum kann, mit vernünftigem Aufwand, nur am Gotthard ein so tiefer Scheitelpunkt erreicht werden. Nur hier lässt sich in absehbarer Zeit im Nord-Süd-Verkehr eine echte Hochgeschwindigkeits-Alpentransversale realisieren. Dazu kommt noch, dass von einer verbesserten Nord-Süd-Verbindung durch den Gotthard, verglichen mit dem Lötschberg, doppelt so viele Einwohner profitieren und ohne Gotthard-Basistunnel der Alpenschutzartikel nicht vollzogen werden kann.

Man ist sich darum mindestens in einem Punkt einig: der Gotthard ist gesetzt. Daran ändert auch eine stellenweise schwierige Geologie nichts. Diese technischen Probleme sind im Rahmen des Kostenvoranschlags, also ohne Kostenüberschreibungen lösbar, sind doch dafür die erforderlichen Mittel in der Reserveposition eingestellt.

## Schritt-für-Schritt-Konzept

Die bundesrätliche Netzlösung hat einen gewichtigen Fehler – sie vergisst die dritte Dimension und vor allem die aktuellen Gegebenheiten. Unter Berücksichtigung aller Fakten und aller Unbekannten kann für die Realisierung der Neat nur ein Schritt-für-Schritt-Konzept verantwortet wer-

## JAHRESTERMINKALENDER 1997

### MÄRZ

- 3.–21. Frühjahrssession
- 6. Geschäftsleitung

### APRIL

- 17. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
- 18. Fraktionssitzung / Delegiertenrat
- 18./19. o. Delegiertenversammlung
- 28.–30. Sondersession

### MAI

- 1./2. Sondersession (Fortsetzung)
- 23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

### JUNI

- 2.–20. Sommersession
- 5. Geschäftsleitung
- 8. Eidgenössische Abstimmung
- 11. Fraktionsausflug

### AUGUST

- 15. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 16. a. o. Delegiertenversammlung
- 18.–22. Sommeruniversität Neuenburg

### SEPTEMBER

- 12./13. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 22.–30. Herbstsession

### OKTOBER

- 1.–10. Herbstsession (Fortsetzung)
- 17. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 18. a. o. Delegiertenversammlung

### NOVEMBER

- 21./22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung (Zibelemärit-Treffen)
- 23. Eidgenössische Abstimmung

### DEZEMBER

- 1.–19. Wintersession
- 3. Wahlfeiern Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
- 11. Wahlfeier Bundespräsident

den. Erste Priorität muss die Lötschberg-Achse mit einer optimierten Scheitelstrecke und verbesserten Zufahrten haben. Nachher drängt sich der Gotthard-Basistunnel als Kernstück der Neat auf. In der Folge sind dann, je nach Bedarf, weitere Optimierungen gerechtfertigt –

auch der Lötschberg-Basistunnel. Dieses bedarfsorientierte Schritt-für-Schritt-Konzept ergibt ein Netz, das allen Zerreihsproben standhält. Die Lötschberg-Scheitelstrecke ist im Bau, und der Gotthard-Basistunnel ist gesetzt, alles andere muss offen bleiben. ■



JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ  Jahresbericht des Präsidenten

# 1996: Jahr des Wandels

**Zeichen der Umwandlung waren nicht nur der neue Name (Jungfreisinnige Schweiz statt Jungliberale Bewegung der Schweiz) und das neue Logo, sondern vielmehr ein neuer Stil der Öffentlichkeitsarbeit. Die neue Kommunikationsart setzt sich aus den drei Pfeilern Power-Sheet, Akzent und Internet zusammen. Einige bedeutsame politische Stellungnahmen wurden gefasst und zwei langfristige Projekte gestartet.**

DAVIDE F. ROBBIANI,  
PRÄSIDENT JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ,  
MAGGNO

Mit den Power-Sheet konnten wir rasch und gezielt zu politisch brennenden Themen Stellung nehmen: Lehrstellenmangel, Gesundheitskosten, Partnerschaft für den Frieden, Transplantationsmedizin, Jungunternehmen, Europa, Jugendarbeitslosigkeit... Damit möchten wir die junge Generation zur kriti-

sehen Beurteilung der politischen Entscheidungen bewegen.

Der «Akzent» wurde Ende Jahr neu konzipiert. Dank einer neuen Redaktion wird unsere Zeitschrift in Zukunft nicht nur über das Parteileben berichten, sondern Themenbereiche vertiefen und sich als Diskussionsforum entwickeln.

## Internet nutzen

«<http://www.jungfreisinnige.ch>» kennen Sie wahrscheinlich schon alle. Im



JF-Präsidentin Davide Robbiani (rechts) und Vorstandsmitglied Stephan Schär (links).

Bereich der elektronischen Medien haben wir mit unserem Internet-Angebot ein festes Standbein gefunden.

Im Kommunikationszeitalter sollen auch neue Werkzeuge im Dienste der Demokratie eingesetzt werden: Mit der Lancierung der elektronischen Unterschriftensammlung «Ausübung der politischen Rechte per

Internet» machten wir uns für die Umsetzung dieser neuen Technologie stark. Die Jungfreisinnigen sind übrigens die erste Partei in der Schweiz, die eine Petition per Internet startet.

## Politische Stellungnahmen

Im Bereich der politischen Stellungnahmen steht ohne Zweifel der Entscheid zur Neat für eine etappierte Netzlösung mit zeitlicher Priorität beim Gotthard im Vordergrund. Der Lötschberg soll später im Rahmen des Projekts «Bahn 2000» ausgebaut werden. Weiter sollte die Möglichkeit einer privaten Teilfinanzierung überprüft werden. Diese Stellungnahme wurde im September im Anschluss an eine Podiumsdiskussion zwischen den Nationalräten Yves Christen (VD) und Fulvio Pelli (TI), der Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni, Franco Felder (alt Präsident TCS) und Renzo Ghiggia (Direktor des Projektes Alptransit Gotthard Süd) getroffen.

An einem Wochenende auf der Schwägalp (AR) konnten die Jungfreisinnigen das Thema der heutigen schwierigen wirtschaftlichen Lage vertiefen. Zur

«sozialen Verantwortung der Unternehmer» referierte alt Nationalrat Ulrich Bremi. In den abschliessenden Workshops wurden Sorgen, aber auch Ideen und konkrete Vorschläge zur «Jugendarbeitslosigkeit» und «Wie werde ich Jungunternehmer?» formuliert.

## Informationsoffensive Gentechnologie

Die Jungfreisinnigen liessen sich von Clemens Dahinden, Professor und Forscher, über Potentiale und Risiken, die mit diesen neuen Technologien verbunden sind, aus erster Hand informieren. Im Hinblick auf die Abstimmung zur Genschutzinitiative lancierten im Dezember die Jungfreisinnigen ihre Gentech-Offensive. Ihr Ziel ist es, die Jugendlichen in diesem Gebiet zu informieren sowie eine rationale statt emotionale Diskussion auszulösen.

Der Erfolg der dritten Sommeruniversität in Neuenburg sowie unsere internationalen Tätigkeiten – wir ersuchten die LYMEC (Liberal Youth Movement of the European Community) um Aufnahme der Jungfreisinnigen Schweiz – dürfen nicht unerwähnt bleiben. An dieser Stelle möchte ich den zurücktretenden Ylva Eriksson (Präsidentin 1994 – 1997, ZH), Sabina Döbeli (Vizepräsidentin, BE), Grégoire Baudin, Cyrill Engeli, Christian Hasler und Pascal Pernet für ihre Arbeit im Vorstand herzlich danken. ■

## JF SCHWEIZ

### Keine Streichung

**Bern, 10. Dezember 1996.** – Die Jungfreisinnigen Schweiz haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Nationalrat auf seinen Arbeitslosen das Taggeld zu streichen, zurückgekommen ist.

Offensichtlich hat die Empörung, die der Entscheid des Nationalrates hervorgerufen hat, Wirkung gezeigt. Jungen Arbeitslosen, die als Arbeitnehmer/-innen den gleichen Anteil ihres Lohnes wie die «Erwachsenen» in die Arbeitslosenkasse ein-

gezahlt haben, den Anspruch auf Rentenzahlungen zu entziehen, hätte nicht nur der Rechtsgleichheit widersprochen. Vielmehr wurde beispielhaft aufgezeigt, dass – insbesondere in den letzten Jahren – viele Entscheide auf Kosten der Jugendlichen getroffen worden sind. Im Vordergrund steht die Isolation gegenüber Europa. Nicht zu beschönigen ist auch die anwachsende Staatsverschuldung auf allen Ebenen. Die Folgen der verschwenderischen Ausgabenpolitik werden wir Jungen in Zukunft alltäglich zu spüren bekommen. Schon heute zahlt der Bund für seine Schulden pro Tag 10 Millionen Franken Zins. Aber auch die Qualität der Ausbildung in der Schweiz hat ihren weltweiten Spit-

zenrang verloren. Die Begabtenförderung wurde in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt – Gleichmacherei, die weder den weniger Begabten noch den Hochbegabten nützen kann, stand im Vordergrund.

Der Entscheid des Nationalrates ist in diesem Sinne ein typisches Symptom: In Zeiten grosser Jugendarbeitslosigkeit – sie ist im letzten Jahr um 17 Prozent gestiegen – soll den direkt Betroffenen die finanzielle Grundlage entzogen werden. Dass dieser Bieridee nun endgültig der Hahn abgedreht wurde, ist zwar tröstlich; es bleibt aber der fahde Nachgeschmack, dass ein solcher Entscheid überhaupt einmal hat gefasst werden können.

## AGENDA 1997

**12. APRIL**  
Delegiertenrat

**9. AUGUST**  
Delegiertenrat in Bern

**18.–22. AUGUST**  
Sommeruniversität in Neuenburg

**SEPTEMBER/OKTOBER**  
Kongress und Delegiertenrat im Thurgau

PARTEIEN  Die Sicht der Medien

# «Artillerie der Freiheit»

**ALEX BÄNNINGER,  
ZÜRICH, PRÄSIDENT  
DES FREISINNIGEN  
DEMOKRATISCHEN  
PRESSEVERBANDES DER  
SCHWEIZ**

«Die Presse», sagte Hans-Dietrich Genscher als deutscher Aussenminister, «ist die Artillerie der Freiheit.» Dem sei nicht widersprochen, aber beigelegt, dass manches Feuer neben dem Ziel liegt. Die Beziehungen von den Parteien zu den Medien sind vielschichtiger geworden, auch unberechenbarer und aufwendiger; unentbehrlich sind sie nach wie vor. Aus der Sicht der Parteileitungen mag das Verschwinden der Parteiblätter als Schwächung der eigenen Position empfunden werden. Immerhin: Die bürgerlich ausgerichteten Zeitungen sind nach Titeln und Auflagen wesentlich stärker als jene linker Observanz. Eine der zu wenig beachteten Folgen besteht darin, dass progressive Journalistinnen und Journalisten auf die SRG als Arbeitgeberin geradezu angewiesen sind. Wie auch immer: Die Darstellung der Parteien und ihrer Exponenten in den Medien verlangt einen professionellen Einsatz mit hohem Aufwand. Denn es gilt, sich auf dem freien Medienmarkt nach den von ihm bestimmten Regeln zu behaupten.

## Eigeninitiativen der Medien

Diese Regeln orientieren sich weniger an der politischen Sache als vielmehr an den eigenen wirtschaftlichen, durch einen starken Konkurrenzdruck bedingten Notwendigkeiten. Die Medien wählen aus der parlamentarischen Traktandenliste

ste aus, was sich an die Hoffnungen und Ängste des Publikums richtet oder so aufbereitet werden kann, dass es eine breite Neugier weckt und deckt. Das wichtigste Kriterium heisst Leser-, Hörer- oder Zuschauerfreundlichkeit. Diese lässt sich über die Personalisierung, Skandalisierung und Emotionalisierung leichter erreichen als über die vielleicht beispielhaft seriöse, aber sterbenslangweilige Be-

intensiv mit politischen Anlässen befassen. Das geht von der Sonderbeilage über die Gentechnologie bis zum Hintergrundbeitrag über die Lebensarbeitszeit, vom Bericht über Wohnmodelle bis zu den Tips für umweltgerechtes Bauen. Auch mit der Kritik an politischen Unterlassungen und Verfehlungen befördern die Medien das staatliche Funktionieren. Sie verleihen den



Forumszeitungen lösen Parteiblätter ab. (Photo key)

richterstattung. Ein Hang zum Negativismus ist unverkennbar. Die Medien warten nicht mehr auf die Verlautbarungen aus den Behörden und Parteisekretariaten, sondern greifen Themen eigenständig auf und steuern sie nach eigenen Überzeugungen. Presse, Radio und Fernsehen verstehen sich immer wieder als «vierte Gewalt», auch wenn sie jeder demokratischen Legitimation entbehren. Das ist die eine Seite und jene, die mit der Emanzipation der Medien erfreuliche, mit der Jagd nach Auflagen und Quoten bedenkliche Aspekte aufweist.

## Erweiterter Politikbegriff

Die andere Seite zeigt, dass sich die Medien durchaus

Politikverdrossenen eine Stimme, die konstruktiv gehört werden kann. Und wenn Radio und Fernsehen vorzugsweise Politikerinnen und Politiker mit rhetorischem Talent einladen, dann verschaffen sie im Grunde genommen jenen ein Forum, die für den runden Lauf der direkten Demokratie nachhaltiger sorgen als die sprachlichen Umstandskrämer und geistigen Erbsenzähler. Verständlichkeit, Bürgernähe und Vorstellungskraft sind hervorragende demokratische Tugenden. Ihre zwingende Gleichsetzung mit den Sünden der Simplifizierung, des Populismus und der Demagogie ist falsch. Eine allerdings gefährliche

Verzerrung bietet das Schweizer Fernsehen DRS mit der Sendung «Arena» insofern, als es die Politik durch eine schwarzweisse Optik präsentiert. Das kann in Ländern mit einer klaren Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition zugänglich sein, nicht indessen in einer Konkordanz- und Konsensdemokratie. Sie braucht das brückenschlagende Gespräch und nicht den Schlagabtausch im Westernstil.

Im übrigen wird die meinungsbildende Wirkung der Medien samt Fernsehen überschätzt. Wäre es nach ihnen gegangen, hätte die Schweiz etwa den Uno- und EWR-Beitritt bejaht, die öffentlichen Haushalte längst saniert und die multikulturelle Toleranz schon früh akzeptiert. Faktum bleibt, dass die Mediennutzer ihre Auffassung bestätigt und nicht bezweifelt haben wollen. Ein Meinungsumschwung dauert Jahre und bedingt das konzertierte Engagement nicht bloss der publizistischen, sondern auch der wirtschaftlichen und kulturellen Opinion leaders. Meinungen bilden und verändern sich vorwiegend am Arbeitsplatz, in Vereinen, am Stammtisch: also im persönlichen, vertrauten und vertrauenswürdigen Beziehungsnetz.

## Attraktive Präsentation

Die Parteien haben das Monopol der Politikgestaltung verloren. Das passt zur pluralistischen Gesellschaft. Auf sie haben sich die Medien eingestellt. Sie prüfen sorgfältig bis argwöhnisch, was die Parteien bieten, denn der Verdacht, sie seien PR-Wölfe im Schafspelz

## ZUM THEMA

Die Medien wählen aus der parlamentarischen Traktandenliste aus, was sich an die Hoffnungen und Ängste des Publikums richtet oder so aufbereitet werden kann, dass es eine breite Neugier weckt und deckt.

Faktum bleibt, dass die Mediennutzer ihre Auffassung bestätigt und nicht bezweifelt haben wollen.

der Information, ist schnell geschöpft. Eine Partei, die von den Medien im positiven Licht und auf Dauer gefragt und themensetzend aktiv sein will, muss im Grundkonzept fünf Bedingungen erfüllen:

- Programm mit zukunftsweisenden und realitätsbezogenen Lösungen für die wirklich drängenden Probleme;
- sichtbare Erfolge;
- auf klarer Linie ständige Präsenz mit profilierten Kommentaren zu aktuellen Fragen;
- sach- und medienkompetente Exponenten;
- personell stark und innovativ besetzter Medienstab.

Die Botschaften einer Partei sind Bring- und keine Holschulden. Sie bedürfen einer Form, die sich den Medienerwartungen anpasst. Gerade darum besitzt Fundiertes und Substantielles die Chance der hohen Beachtung. Attraktive Präsentation und seriöser Inhalt sind keine Gegensätze. Die Antwort auf die einfache Frage, weshalb den Medien beispielsweise vor der programmatischen Papierflut und den Delegiertenversammlungen graut, hilft auf den richtigen Weg zu Parteien, die nicht bloss reden, sondern wieder gehört und verstanden werden wollen.

FRÜHJAHRSSSESSION  *Vorschau der Fraktionspräsidentin*

# Märzsession 1997: Schwerpunkte freisinniger Parlamentsarbeit

**An Arbeit mangelt es nicht in der Märzsession der eidgenössischen Räte. Ein kurzer Überblick über die zu diskutierenden Geschäfte zeigt einige Schwerpunkte der FDP-Fraktion in der Parlamentsarbeit auf.**

**STÄNDERÄTIN CHRISTINE BEERLI, FRAKTIONSPRÄSIDENTIN, BIEL**



Die diversen Stürme, die über unser Land hinwegtoben, haben

das Boot ganz schön ins Schaukeln gebracht. Wieder einmal wird uns klar vor Augen geführt, dass unser Regierungssystem nur sehr beschränkt krisentauglich ist und dringend notwendige Strategieentscheidungen nicht zeitgerecht gefasst werden. Die von der FDP immer wieder geforderte Regierungsreform bleibt somit nach wie vor ein akutes Anliegen!

Nichts ist in der Krise nachteiliger als hektisches, unkoordiniertes Handeln verschiedenster Akteure. Bleiben wir also gelassen und handeln wir bestimmt, gestützt auf eine gründliche Lageanalyse. Unsere Fraktion hat im Bereich der nachrichtenlosen Vermögen zudem bereits in der Wintersession 1996 durch Einreichung einer Fraktionsmotion die nötigen Entschleunigungsstösse gegeben.

Den uns alle stark belastenden Problemen um die andauernde Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit wird die Sondersession im April gewidmet sein. Die Fraktion bereitet sich darauf in Zusammenarbeit mit ihren Bundesräten

und Fachleuten gründlich vor.

Der Ständerat wird sich in der Märzsession schwerpunktmässig mit Fragen in den folgenden Bereichen zu befassen haben:

■ **Genetechnologie:** Hier sollte die Differenz zum Nationalrat in dem Sinne behoben werden, dass der Gen-Schutz-Initiative kein direkter Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe gegenübergestellt wird. Vielmehr muss der bestehende Verfassungsauftrag umfas-

send im Rahmen der Genlex umgesetzt werden.

■ **Post und Telecom:** Im Telecom-Bereich wird der Ständerat den grossen Schritt in Richtung Liberalisierung des Marktes für Telekommunikation vollziehen, damit die Schweiz für die Öffnung dieses Marktes parallel zur Europäischen Union (EU) rechtzeitig bereit ist. Im Bereich der Post ist ein noch etwas zögerlicher Schritt vorgesehen.

■ **Steuerpolitik:** In diesem Gebiet liegen Vorstösse freisinniger Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor. Sie zielen auf Erleichterung für Unternehmensgründungen, auf die Behebung von Mängeln im Steu-

ersystem und auf befristete Massnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas ab.

Der Nationalrat wird seine Zeit hauptsächlich folgenden Fragen widmen:

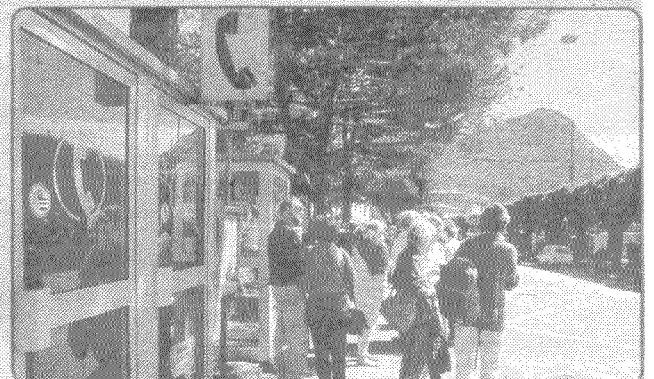
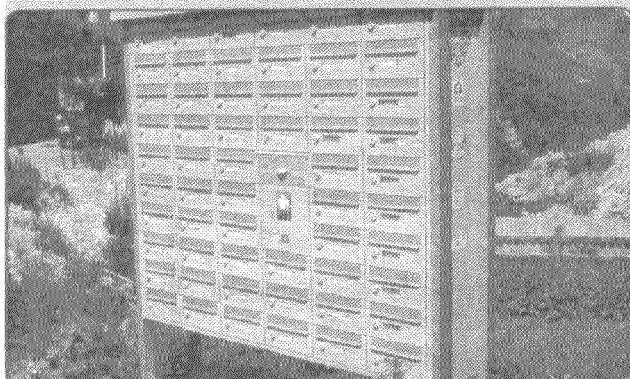
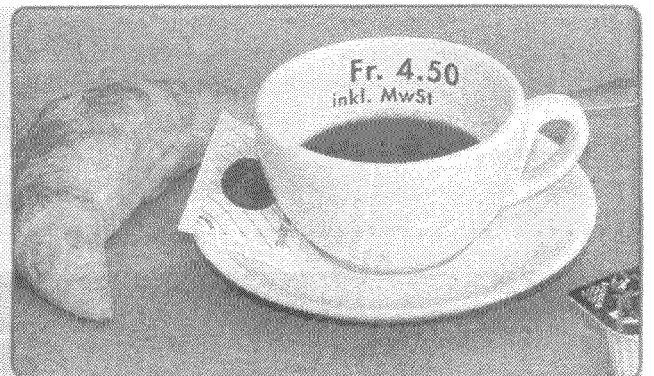
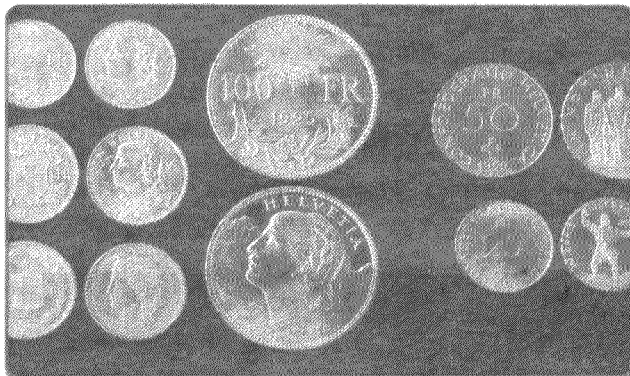
■ **Mehrwertsteuergesetz:** Die bisher nur auf Verordnungsebene geregelte Mehrwertsteuer ist auf eine solide gesetzliche Grundlage zu stellen. Umstritten sind dabei insbesondere die Vorsteuerabzüge für gewisse Luxusgüter und Spesen für Nahrung und Getränke.

■ **Geldwäschereigesetz:** Es liegt ein sehr modernes Gesetz vor, mit dem die Schweiz Neuland betritt. Sie geht damit einigen anderen Staaten voran, um

die illegalen Finanztransaktionen aufzudecken oder zu verhindern. Dies wäre eine gute Gelegenheit, um auch gegen aussen hin wieder einmal unter Beweis zu stellen, dass die Schweiz in Fragen des Finanzplatzes um Transparenz bemüht ist.

■ **Nachrichtenlose Vermögen:** Mit Spannung wird die bundesrätliche Erklärung zum Thema erwartet. Zur Diskussion wird auch die FDP-Fraktionsmotion stehen, welche die Schaffung eines Fonds für die nachrichtenlosen Vermögen verlangt.

Hoffen wir auf eine möglichst gute Aufnahme der freisinnigen Vorstösse und Diskussionsbeiträge! ■



**Auch im März 1997 braucht sich das Parlament nicht über mangelnde Arbeit zu beklagen. Nachrichtenlose Vermögen: Die FDP-Fraktionsmotion wird im Nationalrat behandelt; Mehrwertsteuergesetz: Umstritten ist zum Beispiel der Vorsteuerabzug auf Spesen; Post und Telecom: Die geplante Trennung beschäftigt den Ständerat.**

(Photos key)

## KOLUMNE

# Die Lerngesellschaft – eine Widerrede



Wir sind eine Lerngesellschaft. Das Leben ist eine Schule ohne Ende. Die Halbzeitwerte des Wissens sinken dramatisch. Neue Erkenntnisse folgen sich in atemberaubender Geschwindigkeit. Die Wahrheit von gestern ist heute zweifelhaft und morgen falsch. Die Unsicherheit wächst und begleitet uns ständig. Wir erobern die Welt, die auf uns einstürzt. Ihre Komplexität explodiert. Mit hängender Zunge sind wir hinter der Verstehbarkeit her.

Aber es muss nicht so sein. Denn die multimedialen Errungenschaften helfen uns, den Lernzwang nicht nur auszuhalten, sondern in Lernfreude umzuwandeln. Das Internet aktualisiert, globalisiert, multipliziert und demokratisiert das Wissen. Die Gegenwart ist herrlich; paradisiatisch wird die Zu-

kunft sein. Wir werden immer schneller und schlauer, stets klüger und kreativer.

Doch Zweifel sind am Platz, ob hinter der Entdeckung des Lebens als Dauerschule ein echter Bedarf steckt oder nicht bloss ein Argument, das multimediale Potential gewinnstark verkaufen zu können. Tatsache ist, dass die Forderung nach dem ununterbrochenen Lernen die Konsequenz vermissen lässt. Weil es zutrifft, dass das Wissen stets schneller veraltet, benötigt das Erziehungssystem eine radikale Reform. Es wirkt alles andere als überzeugend, die heutigen Strukturen von der Primarschule bis zur Universität zu bewahren und die daraus sich ergebenden geistigen Defizite in der Umschulung und Weiterbildung über multimediale Superprogramme abzubauen. Die finanziellen

und zeitlichen Aufwendungen erhöhen sich ins Gigantische.

Eine Forderung lautet, dass sich die schulische Erziehung von der Wissensvermittlung verabschiedet und ihren Absolventen die Methoden des Lernens beibringt. Die Förderung der Denkfähigkeit und der Kreativität müssen oberste Priorität geniessen.

Das andere Postulat heisst, den Unsinn der jahrelangen Ausbildung abzuschnitten. Die Erziehung benötigt mehr Rationalität und Ökonomie. Wir vergeuden enorme menschliche Ressourcen, wenn universitäre und universitätsähnliche Abschlüsse nicht deutlich vor dem ersten Drittel der Lebenszeit möglich sind.

Die neuen Medien und die multimedialen Errungenschaften nützen der Gesellschaft wenig bis nichts, wenn wir daraus

keine harten Konsequenzen ziehen für den Umbau des Bildungssystems. Das wenigstens müssten wir gelernt haben.

*Alex Bänninger,  
Publizist,  
Präsident des  
Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz,  
Zürich*

## IMPRESSUM

## Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51, E-mail: gs@fdp-prd.ch

## VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

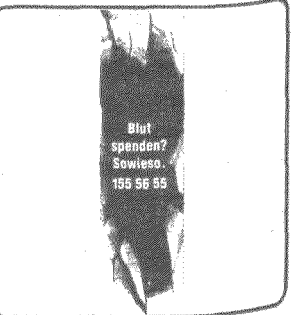
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

## INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

## DRUCK:

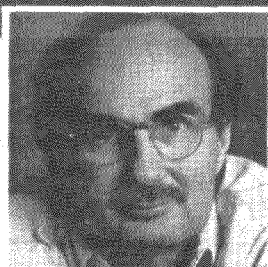
NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-



## Darmkrebs

kann genetisch bedingt sein. Mit Gentechnik ist diese Veranlagung nachweisbar.  
So kann die Vorsorge frühzeitig beginnen.  
Können wir da auf Genforschung verzichten?

Felix Gutzwiller  
Prof. Dr. med.  
Präventivmediziner, Zürich



Persönlichkeiten für eine sinnvolle  
Bio- und Gentechnologie

**forumGEN**

Postfach 6276, 3001 Bern  
PC 70-105933-9

Ich wünsche weitere Informationen zur Gentechnologie

Name

Vorname

Strasse

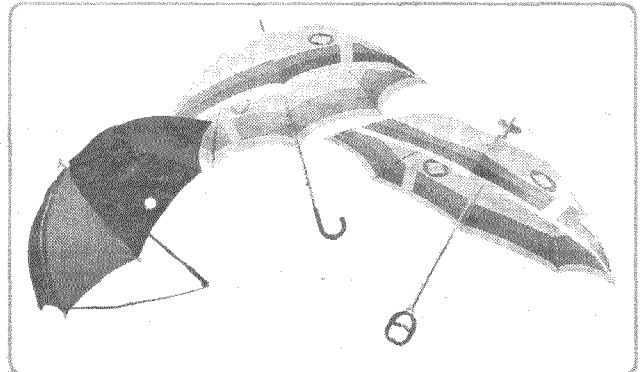
PLZ/Ort

Einsenden an: forumGEN, Postfach 6276, 3001 Bern

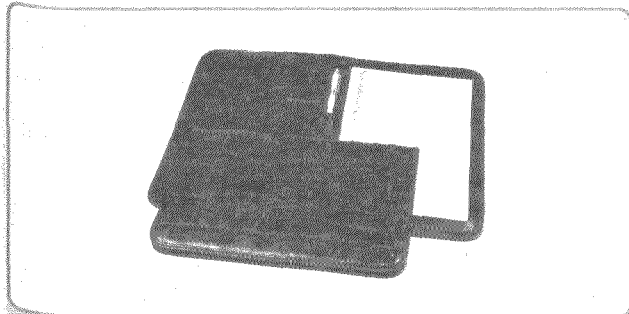
# An Ostern denken



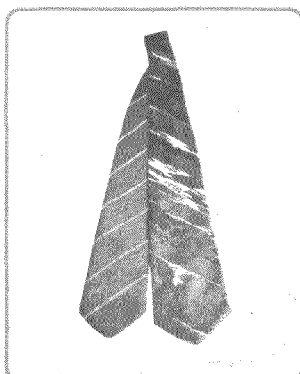
Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Denken Sie an Ostern! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verwenden Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



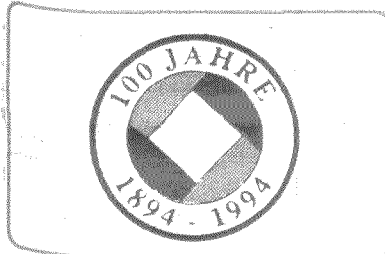
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



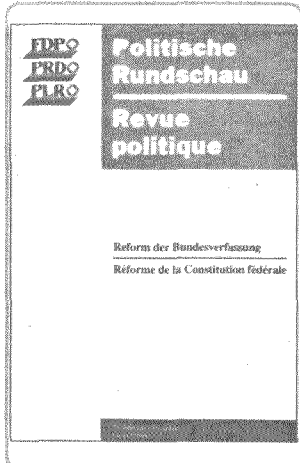
Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



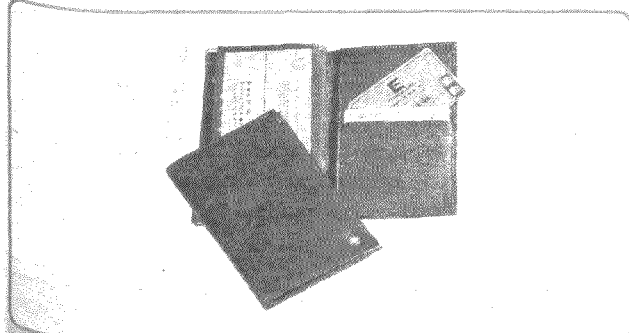
Die Krawatte classic oder die Krawatte New look, die Mann einfach haben muss.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.




Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.

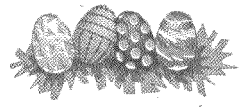


Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

## Talon

ICH BESTELLE:

- |   |            |                             |            |
|---|------------|-----------------------------|------------|
|  Ex. Konferenzmappe | à Fr. 40.- | ___ Ex. Holzschirm          | à Fr. 35.- |
| Ex. FDP-Pin 100 Jahre   | à Fr. 5.-  | ___ Ex. Krawatte classic    | à Fr. 40.- |
| Ex. Portefeuille  | à Fr. 44.- | ___ Ex. Krawatte New look   | à Fr. 40.- |
| Ex. Doppelschirm  | à Fr. 30.- | ___ Ex. Festschrift         | à Fr. 15.- |
| Ex. Sportschirm   | à Fr. 30.- | ___ Stück FDP-Foulard 95 zu | Fr. 50.-   |



Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_


Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einschicken an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

HOLOCAUST-GELDER  Zur Diskussion um unsere Geschichte

# Basis ist gelegt



FDP-Nationalrat François Loeb engagiert sich in der Frage der Holocaust-Gelder. (Photo ruti)

**Zurzeit erhitzt die Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg die Gemüter. Die Beteiligten täten gut daran, die gestellten Aufgaben besonnen anzugehen. Nur so werden gerechte Lösungen für die anstehenden Probleme möglich sein.**

**FRANÇOIS LOEB**  
FDP-NATIONALRAT  
MURI BE

In einer alten, überlieferten Geschichte wünschte sich ein König, dass der Klügste seiner Untertanen sein Minister werde. Als seine Wahl nach langer Suche auf drei Menschen gefallen war, die in seinem Land lebten, stellte er diesen eine schwere Aufgabe, um herauszufinden, wer der Geeignete für das Amt sei. Er sperrte sie in ein Zimmer seines Palastes und brachte ein kompliziertes Zahlenschloss an die Tür an. Den drei Menschen wurde mitgeteilt, dass der erste, der die Tür zu öffnen vermöge, Minister werde.

Zwei versuchten, durch mathematische Berechnungen herauszufinden, wie die Zahlenkombination lauten

könnte. Der dritte sass eine Zeitlang auf seinem Stuhl und ging dann, ohne ein Blatt oder einen Bleistift benutzt zu haben, auf die Tür zu, drückte den Griff, und die Tür öffnete sich. Sie war die ganze Zeit unverschlossen...

## Umgang mit der eigenen Geschichte

Die Entwicklung der letzten Wochen und Tage erinnert an diese Geschichte. Unser Land ist damit beschäftigt – die Medien berichten täglich darüber –, die Lösungen zu finden, wie wir mit unserer Geschichte, deren Licht- und Schattenseiten, umgehen sollten, wie wir Lösungen für die anstehenden Probleme finden, wie wir Wahrheit und Gerechtigkeit für alle Beteiligten erreichen können.

Blöcke haben wir schon vollgekritzelt, Memoranden, Erklärungen und Communiqués verfasst, uns gegenseitig Fragen gestellt, Forderungen aufgestellt, uns wechselseitig vorgeworfen, das Schloss nicht zuerst nach rechts statt nach links, nicht auf die Zwei statt auf die Acht gedreht zu haben, wir haben daraufhin Verantwortungen zugewiesen für falsche Schloss-

handhabung, verlangt, dass der oder jener das Schloss nicht mehr berühren sollte, weil er es falsch angefasst habe, sind daran, uns zu zerstreiten statt... ja statt uns kurz zu besinnen, auf die Tür zuzugehen, den Griff zu drücken, um festzustellen, dass die Türe offen, der Weg frei ist. Denn die Basis ist gelegt. Mit dem dringlichen Bundesbeschluss über die nachrichtlosen Vermögen, mit der Historikerkommission, mit der Fraktionsmotion der FDP für eine Fondslösung, mit der Bereitschaft weiter Kreise, humanitäre Hilfe für Holocaust-Überlebende zu leisten, mit dem einstimmigen Willen der eidgenössischen Räte, Wahrheit und Gerechtigkeit zu finden.

## Aufbau einer menschlichen Gesprächskultur

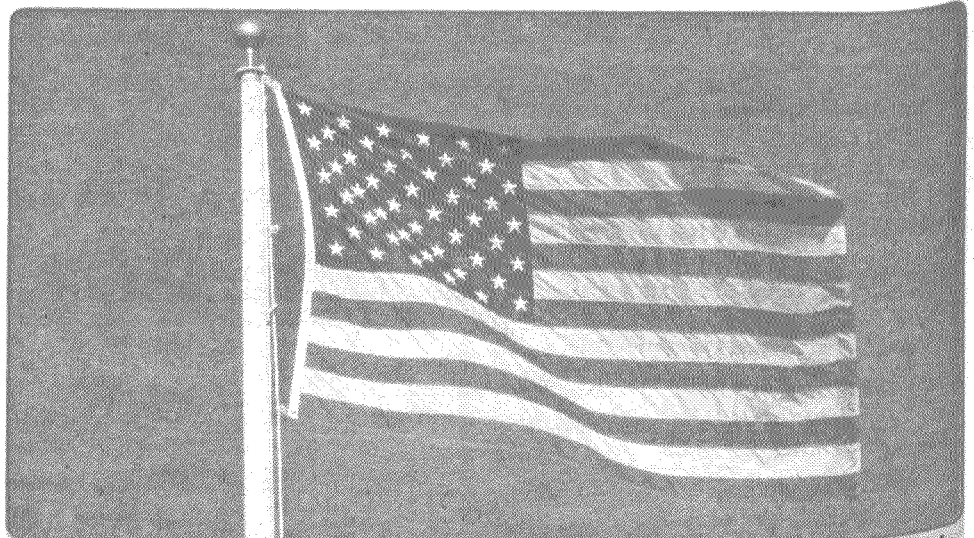
Wir brauchen nicht mehr am Schloss herumzutüfteln, uns gegeneinander auf- und auszuspielen, Vor- und Rücktritte zu fordern. Nein, jetzt geht es darum, unter uns und nach aussen auf Gegenseitigkeit eine menschliche Gesprächs-

## ZUM THEMA

Denn die Basis ist gelegt. Mit dem dringlichen Bundesbeschluss über die nachrichtlosen Vermögen, mit der Historikerkommission, mit der Fraktionsmotion der FDP für eine Fondslösung, mit der Bereitschaft weiter Kreise, humanitäre Hilfe für Holocaust-Überlebende zu leisten, mit dem einstimmigen Willen der eidgenössischen Räte, Wahrheit und Gerechtigkeit zu finden.

Jetzt geht es darum, unter uns und nach aussen auf Gegenseitigkeit eine menschliche Gesprächskultur, eine von Ethik geprägte Gesprächskultur, aufzubauen.

kultur, eine von Ethik geprägte Gesprächskultur, aufzubauen! Den entsetzlichen Greueln können wir nur gerecht werden, indem wir alle menschlich und verantwortungsbewusst miteinander umgehen, uns von Menschlichkeit leiten lassen. Das ist der Weg, der vor uns liegt. Offen und ohne kompliziertes Schloss!



Gemeinsam mit FDP-Nationalrätin Lili Nabholz führte François Loeb in den USA vermittelnde Gespräche. (Photo key)

VERBAND LIBERALER BAUGENOSSENSCHAFTEN  Podiumsgespräch

# WEG hat sich bewährt

**Einig waren sich die sieben Gesprächsteilnehmer aus Bank- und Wirtschaftskreisen, Bund sowie Vertretern der Liberalen Baugenossenschaft (VLB), die sich zum Wohneigentumsförderungsgesetz (WEG) in Olten äusserten, nicht. Dass das WEG gut funktioniere und deshalb auch weiterhin beibehalten werden solle, meinte der VLB. An die Kantone delegieren, war die Auffassung der Finanzdirektoren. Peter Gurtner, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO), meinte, dass es noch Spielraum im WEG gäbe. Richard Schwertfeger führte durchs Podiumsgespräch.**

IRÈNE GROLIMUND,  
WEGGIS

In Olten führte der Verband Liberaler Baugenossenschaften (VLB) ein Podiumsgespräch «Wohnbauförderung am Scheideweg?» durch. Richard Schwertfeger, Jegenstorf, stellte den rund hundert Interessierten Artikel 34<sup>sexies</sup> der Bundesverfassung, der über die Wohnbauförderung des Bundes Auskunft gibt, kurz vor. Dieser Artikel besagt, dass Wohnbauförderung Sache des Bundes ist, mit Konsequenzen wie Förderung von Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus, Finanzierungshilfen durch Verbürgung von Nachgangshypotheken, gemeint sei die Bundesbürgschaft, die den Bund bisher nichts gekostet hätte, fügte Schwertfeger hinzu, und Massnahmen zur Verbilligung der Wohnkosten, also eine Grundverbilligung als rückzahlbarer Vorschuss und individuelle Afonds-perdu-Beiträge. Im weiteren gehören vorsorglicher Landerwerb und Erschliessungshilfe, die nur vereinzelt gewährt wird, dazu, ergänzte Schwertfeger.

Kritiker vertreten die Auffassung, so Schwertfe-

ger, dass Wohnbau- und Eigentumsförderung unnötig, keine Bundesaufgabe und nicht mehr zeitkonform sei. Dies brachte auch Kaspar Fierz, Esslingen, zum Ausdruck. Er vertrat die Auffassung, dass die Mieten in WEG-Wohnungen nicht höher sein dürfen als Mieten in «normalen» Wohnungen, und befürchtet, dass das Finanzierungssystem des WEG allfälligen EU-Bedingungen nicht standhalten könne. Der Stufenanstieg könne nicht mehr vollzogen werden, und beim Bund werde lediglich über «neue» Modelle gesprochen, konkret liege noch nichts vor.

## Keine neuen Argumente

Peter Gurtner, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO), stellte fest, dass die von Fierz angeführten Befürchtungen bereits bei Einführung des WEG auf den Tisch kamen. Im Grunde genommen sei das WEG schliesslich eine wohnungspolitische Frage und keine rechnerische, fügte Gurtner hinzu. Dass durch die veränderte Situation im Wohnungsmarkt, steigender Leerwohnungsbestand, andere Gewichtungen vorgenommen werden müssen, ist für Gurtner klar. Deshalb werden auch im

WEG stabile Mieten über längere Zeit möglich. Abschliessend meinte Gurtner, dass der Einbruch im Liegenschaftsmarkt mit dem WEG nichts zu tun habe.

Die Wohnbaukommission setze sich gegenwärtig intensiv mit der Überprüfung und Erarbeitung entsprechender Modelle auseinander und versicherte, dass Finanzausgleichskriterien bereits berücksichtigt wurden. Dass in Gebieten mit einem Leerwohnungsbestand von mehr als 1,5 Prozent keine neuen Wohnungen erstellt werden können, verstehe sich von selbst. Ebenso wurde die Zahl der geförderten Wohnungen auf 1800 beschränkt, und es werde geprüft, ob inskünftig nur noch Eigentumsförderung betrieben werden soll.

## Oder ist Wohnbauförderung Sache der Kantone?

Gérard Wettstein, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektleitung «Neuer Finanzausgleich» der eidgenössischen Finanzverwaltung, stellte fest, dass die Disparität der Kantone zugezogen haben. Der Bund habe sich auf Bundesaufgaben zu konzentrieren. Ob Wohnbauförderung eine kantonale Aufgabe oder Bundessache sei, das sei noch zu klären. Die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) stehe grundsätzlich hinter dem «neuen» Finanzausgleich. Wie dies dann aber konkret aussehen wird, konnte Wettstein nicht sagen.

Nach dem neuen Modell würden den Kantonen mehr freie Mittel zur Verfügung stehen. Für Hans Bisig, Ständerat und Vorstands-

mitglied VLB, ist klar, dass es im Bereich der Wohnbauförderung zwei Lager gibt. Dass sich aber der Bund das WEG in der bisherigen Form nicht mehr leisten könne, sei für ihn verständlich. Bisig verheimlichte nicht, dass dem Bund so oder so noch Altlasten in der Höhe von 8,75 Milliarden Franken verbleiben werden, so dass an eine Aufhebung der Bundeskompetenz nicht zu denken sei. Bisig tönte weiter an, dass der Trend Richtung Eigentumsförderung und Wohnbauverbilligung gehe. Sicherlich müssten Über-

rung einsetzen würden, meinte Dübendorfer abschliessend, dass die Kantone sich dies nicht leisten könnten.

Zur Frage des Zinsniveaus in der Schweiz konnte Roger Rossier, Direktor der Zürcher Kantonalbank, keine längerfristige Prognose stellen. Dies sei heute nicht mehr möglich. Auch hätte ein allfälliger EU-Beitritt keinen Einfluss, denn dies sei nicht mit dem Beitritt zur Währungsunion gleichzusetzen, die Zinsen müssen nicht unbedingt angepasst werden.

Es bestehe kein Unterschied bei der Abklärung einer Hypothek zwischen einem Käufer, der mit WEG ein Haus erwerben oder bauen möchte, und einem «normalen» Käufer, meinte Rossier auf eine entsprechende Frage. Das Einkom-



Das Podium zur Wohnbauförderung in Olten. Teilnehmer war auch FDP-Ständerat Hans Bisig, Lachen (SZ), zweiter von rechts.

gangslösungen gefunden werden.

## Politiker gefordert

Jürg Dübendorfer, Finanzvorstand der Stadt Baar, vertrat die Auffassung, dass die WEG-Darlehen nach dem gegenwärtigen Modell selbst bis in 30 Jahren nicht zurückbezahlt seien. Zudem sei das Prozedere, die Gestuchstellung beim BWO, heute zu schwerfällig, und er stellte sogar im Podium die ketzerische Frage, ob eine Teuerung dem WEG auf die Beine helfen könnte. Zur Befürchtung, dass die Kantone wenig bis gar keine Mittel für Wohnbauförde-

men und die Tragbarkeit seien massgebend bei einer Hypothek.

Für Alex Wili, Präsident des VLB, Kriens, bleibt es unbestritten, dass Wohnbau- und Eigentumsförderung weiterhin betrieben werden muss. Einer Vereinfachung des Verfahrens könnte er vorbehaltlos zustimmen. Dass die Wohnbauförderung inskünftig den Kantonen obliegen könnte, behagt Wili nicht, dann gäbe es nämlich 26 verschiedene Modelle. WEG hätte sich über zwei Jahrzehnte bewährt und sei billiger als alles vorgängig Gehabte, meinte Wili abschliessend. ■

«JUGEND OHNE DROGEN» ◉ Praxis würde zu stark eingeschränkt

# Drogenpolitik geht uns alle an

Der Nationalrat wird sich in der Frühjahrssession noch einmal mit der Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» befassen. Mit Überzeugung kämpfe ich gegen diese Initiative. Sie hat zwar einen verlockenden Titel, aber sie würde die heutige Praxis zu stark einschränken. Im Umgang mit Drogensüchtigen brauche ich als Stadträtin alle heutigen Möglichkeiten der Drogenpolitik: Prävention, Entzugs- und Ausstiegs-Therapien, aber auch Überlebenshilfen für Schwerstsüchtige; kurze und längere Methadonprogramme ebenso, wie der fürsorgliche Freiheitsentzug und repressive Polizeimassnahmen.

**CHRISTINE EGERSZEGI-OBRIST, NATIONALRÄTIN/STADTRÄTIN, MELLINGEN (AG)**

Mellingen ist eine aargauische Kleinstadt mit 4000 Einwohnern, 25 km von Zürich entfernt. Von einem guten Dutzend wissen wir zurzeit, dass sie drogensüchtig sind: vier beziehen regelmässig Methadon unter medizinischer Betreuung; einer steckt

wegen Beschaffungsdelikten im Strafvollzug; drei sind in einer stationären und zwei in einer ambulanten Therapie; eine junge Frau lehnt jede Hilfe ab, sie verdient ihre tägliche Ration durch Prostitution, und dann haben wir noch zwei langjährige Schwerstsüchtige, beide HIV-positiv, der eine verbringt seine letzte Zeit in einem christlichen Heim, der andere lebt gerade dort, wo es Stoff gibt.

## KURZBIOGRAPHIE

**NAME:** Egerszegi-Obrist

**VORNAME:** Christine

**GEBURTSDATUM:** 29. Mai 1948

**BERUF:** dipl. Sprachlehrerin

**ZIVILSTAND:** verheiratet

**WOHNORT:** 5507 Mellingen

**HEIMATORT:** Baden und Riniken

**WEITERE ANGABEN:** zwei Kinder (Tochter 23 / Sohn 21)

**HOBBIES:** Cabaret-Texten und Spielen, Kochen, Singen

**SCHULEN:** Bezirksschule Baden / Kanti Aarau / Universitäten Zürich und Lausanne (Romanistik).

Musikakademie Zürich (Gesang bei Johannes Fuchs)

**WERDEGANG:** Seit 1984 Mitglied der FDP. 1985-1989 Vizepräsidentin Schulpflege Mellingen. 1989-1995 Mitglied des Grossen Rates Aargau, seit 1990 im Mellinger Stadtrat (Exekutive)

**RESSORTS:** Sozialwesen, Gesundheit, öffentl. Verkehr, Regionalplanungsgruppe, seit Oktober 1995 Nationalrätin (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit). Präsidentin des Ausschusses für Sozial- und Gesellschaftspolitik der FDP Schweiz. Zentralpräsidentin Heim-

Daraus erkennt man, dass Drogenpolitik vielfältig sein muss:

## An erster Stelle brauchen wir Prävention

Wir können nie alle von einem Einstieg abhalten, aber fast alle. Wer Drogen konsumiert, muss wissen, was er tut. Deshalb müssen Präventionsbeauftragte an den Schulen eine Selbstverständlichkeit sein (im Kanton Waadt seit 1976!). Das reicht nicht, denn wirksamste Suchtprävention findet zu Hause statt, sie gehört zur Erziehung.

Prävention kostet. Es sind Investitionen ohne unmittelbaren Gegenwert. Aber ein Franken hier erspart hundert Franken in der Therapie. Auch Repression gehört zu den vorbeugenden Massnahmen. Wir sind auf polizeiliche Hilfe angewiesen, um den Handel mit illegalen Drogen zu bekämpfen und offene Dro-

gen zu verhindern. **verband Schweiz. Zentralvorstand Schweiz. Gemeindeverband. Verwaltungsrätin Kraftwerk Laufenburg. Co-Präsidentin forumGen (CH)**

**SCHWERPUNKTE:** Verantwortungsvolle Sozialpolitik mit der Überzeugung, dass sozialpolitischen Entscheidungen höchste wirtschaftspolitische Bedeutung zukommt: Es geht um den Erhalt des sozialen Friedens, die Höhe der Lohnkosten, die Konkurrenzfähigkeit der Produkte und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist bekämpft die Initiative «Jugend ohne Drogen». (Photo rutli)

genszenen zu verhindern.

## Hilfe für Ausstiegswillige

Wer wirklich aussteigen will, dem helfen wir dabei; auch wenn die Kosten für eine stationäre Therapie für die Gemeinde enorm sind (80 000 bis 150 000 Franken!) und die Erfolgsquote nur bei 50 Prozent liegt. Ich bin aber als Treuhänderin der Steuergelder nicht bereit, Tausende von Franken für Zwangstherapien auszugeben, wie dies die Initiative verlangt. Das heisst nicht, dass der Ausstieg immer freiwillig gelingt: Wenn jemand mit mehreren Anfällen einen Entzug nicht durchsteht, dann zwingen wir ihn zum Durchhalten mit einem fürsorglichen Freiheitsentzug.

Wir brauchen auch die Möglichkeit der Methadonabgabe, und zwar nicht immer nur als kurze Überbrückung, wie es die Initiative allenfalls noch zulässt. Manchmal kann jemand über längere Zeit stabilisiert werden und so seiner Arbeit nachgehen. Die Dosis lässt sich schrittweise abbauen.

Ob es uns passt oder nicht, es gibt aber Chronischsüchtige, die zu lange dabei sind, um aussteigen

zu können oder zu wollen. Es sind nicht viele, aber sie brauchen Überlebenshilfen, wie saubere Spritzen und Notunterkünfte. Es wäre sinnlos und finanziell nicht vertretbar, solche mit Zwang in einen Entzug zu stecken.

Auf Grund meiner Erfahrungen lehne ich die Initiative «Jugend ohne Drogen» ab, weil sie alle Abhängigen therapieren will und Methadonprogramme verunmöglicht. Ich bekämpfe aber auch die Liberalisierungsinitiative (Dro-Leg), weil sie Gefahren bei weitem unterschätzt. Ich habe gelernt, dass man in der Drogenpolitik nicht einfach die rote oder grüne Ampel stellen kann. Es braucht die orange, die blinkt. Sie ruft auf zu Vorsicht und Verantwortung. Sie lässt Möglichkeiten offen, aber die Grundregeln müssen eingehalten werden. Eines muss uns aber in der kommenden Diskussion bewusst sein: Drogenpolitik geht uns alle an: wenige als Betroffene, viele als Eltern und alle als Steuerzahler.



WETTBEWERB  Was sagt wohl Franz Steinegger zu Peter Bodenmann?

# Zeit, Abschied zu nehmen . . .



FDP-Parteipräsident Franz Steinegger und Noch-SP-Präsident Peter Bodenmann. (Photo ruti)

GUS. Der SP-Vordenker und Nationalrat Peter Bodenmann hat seinen Rücktritt angekündigt. Grund genug für den «Freisinn», diesen Abgang zu kommentieren. Gerne möchten wir dies gemeinsam mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, in Form eines Wettbewerbs tun.

### Was sagt er?

Für einmal auf der gleichen Bank sitzen FDP-Parteipräsident Franz Steinegger und Noch-Nationalrat Peter Bodenmann. Ob der glückselige Ausdruck in Bodenmanns Gesicht täuscht? Schreiben Sie uns, was

Franz Steinegger in diesem Moment wohl gesagt haben mag. Unter den originellsten Einsendungen verlosen wir ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard.

An dieser Stelle noch ein Nachtrag zum letzten Wettbewerb (Auflösung im «Freisinn» Nr. 1/2, es war eine alte Ledermappe der Finanzdepartements-Vorsteher): Nebst den dort erwähnten Gewinnern erhielt auch Hanspeter Ehrensperger, Witterswil, einen schönen Preis für: «Schaut, trotz einem Stich gehen sämtliche Trümpfe flöten.» ■

(Talon zum Herausschneiden)

## Ich weiss, was er sagt. Es ist folgender Satz:

« \_\_\_\_\_ »

Name, Vorname:

Adresse: PLZ/Ort:

Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

### SESSIONSGEFLÜSTER

Eine neue Bedeutung wurde im Bundeshaus dem landläufigen Begriff der Neat gegeben: «Nur ein Alpen-Tunnel» . . .

★

«Auch das Parlament trägt personelle Verantwortung, wenn es jemanden in eine Kollegialbehörde wählt», meinte ein kritischer Leser des PUK-Berichtes zur Stichschen Mitverantwortung am Pensionskassendeckel.

Monika Weber (LdU/ZH) zitierte nach der Debatte über den Rinderwahnsinn gewisse Stilblüten, zum Beispiel jene des Schaffhauser SVP-Vertreters Bernhard Seiler, der von «Sperma, also Samen und so weiter . . .», gesprochen hatte.

★

Ständerat Hans Bisig (FDP/SZ) kreierte wortschöpferisch den neuen Begriff der Unsinnigkeiten, Unsinn und Unstimmigkeiten dabei geschickt kombinierend. Er kritisierte damit – als praxiserprobter Archi-

tekt. – problematische Praktiken des Amtes für Bundesbauten bei den Normen und Standards.

★

Es sei für ihn immer schwierig, Wasser und Feuer zu verheiraten, meinte Philippe Pidoux (FDP/VD) zum Vorschlag, der repressiven Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Mutzli

# FDP auf Internet

Besuchen Sie uns

auf dem

World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)

www: <http://www.fdp.ch>

# Sind wir auf dem falschen Dampfer?

Sehr geehrte Damen und Herren

Vorausschicken muss ich, dass ich als Aktivdienstler in den Kriegsjahren an der deutschen Grenze einige Dienstage geleistet habe. Die ganze Diskussion um die Holocaustgelder hat eine Wendung genommen, die mir und vielen meiner Generation nicht mehr gefällt, wir fühlen uns nicht mehr ernst genommen. Zum Teil sind wir jahrelang an der Grenze gestanden, haben unsere Gärten umgeackert, haben Überstunden geleistet, die Betriebe haben nur dank einem enormen Einsatz der Mitarbeiter überleben können, kurz: Wir haben sehr viel geleistet.



Anbauschlacht: Rapsernte auf dem Zürcher Sechseläutenplatz im August 1944. (Photo key)

## Nichts mehr wert?

Und jetzt soll das alles plötzlich nichts mehr wert sein? Vor allem linke Kreise stossen uns Aktivdienstler vor den Kopf, wenn sie behaupten, dass die Schweiz damals von den dunklen Mächten nur verschont

blieb, weil sie als Drehscheibe für Finanzverschiebungen gedient habe. Was glauben Sie wohl, was wir für Entbehrungen auf uns genommen haben, um den Deutschen entgegenzutreten?

## Nicht unter Druck setzen!

Wenn der Bundesrat jetzt aktiv wird und die Geschichte der Schweiz in jener Zeit untersuchen lassen will, so ist das zu unterstützen. Was wir aber nicht wollen, ist, dass die Linke im voraus bereits von einer «Neuinterpretation der Geschichte» spricht und damit die Kommissionen, die sich erst an die Arbeit gemacht haben, unter grossen Druck setzt.

## Aktivdienstgeneration würdigen

Ich bin froh, dass die FDP und insbesondere Franz Steinegger sich so einsetzt für eine Beschäftigung mit der eigenen Geschichte, die die Verdienste meiner Aktivdienstgeneration würdigt und anerkennt. Es ist wahrscheinlich ja schon nicht so, dass die Schweiz nur wegen uns von einem Einmarsch

Nazideutschlands verschont blieb, da haben vielleicht noch einige andere Sachen dazu beigetragen. Aber unsere Wehrhaftigkeit war sicher auch ein sehr gewichtiger Punkt in der ganzen Abwehr, den man nicht vergessen sollte.

## Politisch links

Und wenn die «Sonntags-Zeitung» fast in jeder Ausgabe meint, sie müsse die FDP schlecht machen, nur weil sie eine andere politische Richtung vertritt, dann finde ich das nicht richtig. Es wird Zeit, dass einmal jemand in diesem Land sagt, dass die «Sonntags-Zeitung» eine politisch links gefärbte Zeitung ist.

## Leute richtig eingesetzt

Auch François Loeb und Lili Nabholz bin ich dankbar, dass sie auf ihren Auslandsreisen wieder ein besseres Bild der Schweiz her-

## Inserat ohne «Fingerspitzengefühl»

Sehr geehrte Damen und Herren

Zum wiederholten Mal ist im «Freisinn FDP» und im «Freisinn Solothurn» ein seitenumfassendes Inserat mit Pelzwerbung plaziert. Ich finde es völlig fehl am Platz, wenn eine Parteizeitung einem solch umstrittenen Konsumprodukt, nur um des Kommerzes wegen und ohne zu reflektieren, ein Forum bietet. Mir ist es sehr wohl bewusst, dass auf die Inserateneinnahmen nicht verzichtet werden kann, bin aber überzeugt, dass sich mit etwas Anstrengung Ersatz finden liesse. Wo bleibt die Kreativität, die Innovation und das Fingerspitzengefühl bei der FDP? Ich denke, dass aufgeklärte, intelligente FDP-Frauen gerne auf eine solche Werbung verzichten, und erwarte das eigentlich auch von Ihnen.

Lisbeth Kohler,  
Riedholz

stellen konnten, ohne dass sie auf den Knien um Verzeihung bitten mussten. Die FDP versteht es eben sehr gut, die richtigen Leute am richtigen Ort einzusetzen: Loeb und Nabholz im Ausland als Vermittler, Steinegger im Inland als Kämpfer einer gerechten Beurteilung unserer damaligen Leistung. FDP: Weiter so!

Mit freundlichen  
Grüssen  
Max Keller, Zürich

## Was meinen Sie?

Haben Sie sich gefreut, geärgert?  
Schreiben Sie uns!

Unsere Adresse:

Redaktion «Der Freisinn»

FDP Schweiz

Postfach 6136

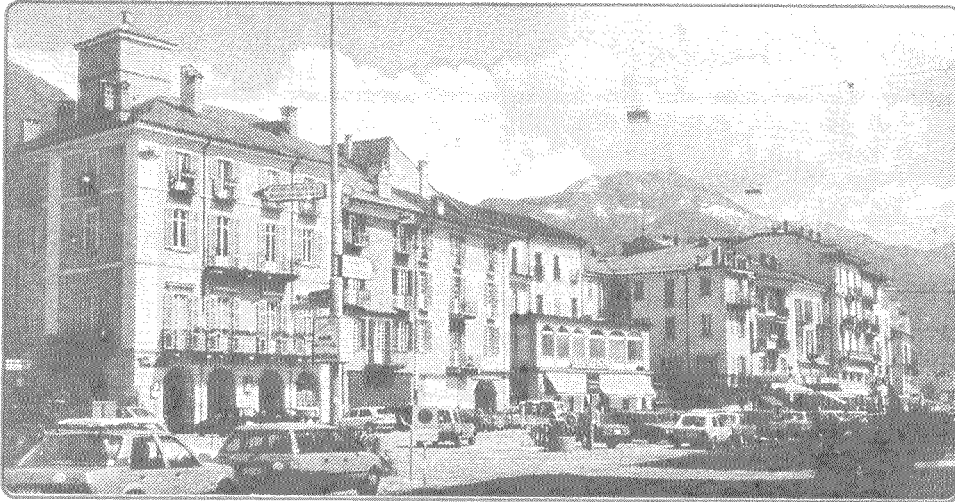
3001 Bern

# Der am Kandidatenkarussell dreht



Der angekündigte Abgang des SP-Vordenkers zeigt die innere Zerrissenheit seiner Partei.

Karikatur Andreas Töns



## Auf nach Locarno!

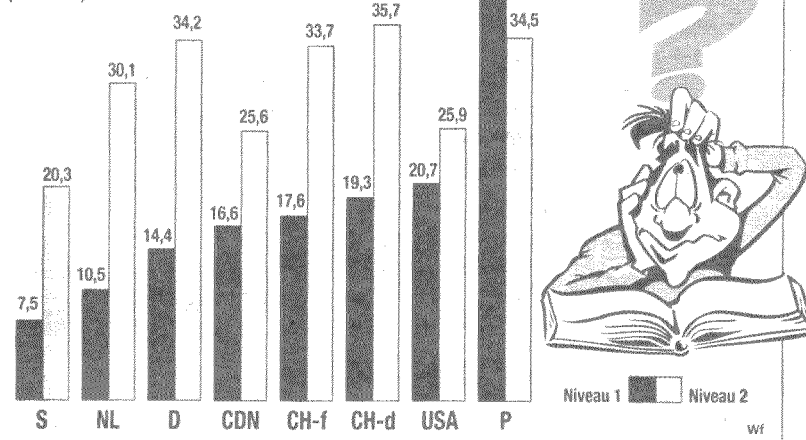
GUS. Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet dieses Jahr am 18./19. April in

Locarno an den Gestaden des Luganersees statt. Reservieren Sie sich das Datum schon jetzt und freuen Sie sich mit uns auf eine spannende Zusammenkunft an einem wunderschönen Ort! Der Delegiert-

tenrat wird am Freitag, 18. April, die Delegiertenversammlung am Freitag nachmittag und am Samstag tagen. Das genaue Programm wird Ihnen im nächsten «Freisinn» mitgeteilt.

## Mühe mit Lesen

Bevölkerungsanteile mit geringen Lesefähigkeiten 1994 (in Prozent)



## Verlernt die Schweiz das Lesen?

Wf. Mehr als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer verfügen über mittelmässige bis schlechte Lesefähigkeiten. Wie die Wirtschaftsförderung (Wf) anhand einer OECD-Studie über die Lesekompetenzen der Erwachsenen feststellt, haben 55% der Deutsch- und 51% der Westschweizer schon mit dem Lesen von einfachen und mittleren

Texten (Niveau 1 und 2) Mühe. Schlechter schnitt von den beteiligten Industriestaaten mit 77% nur noch Polen ab. Am kleinsten waren die Leseschwierigkeiten bei einfachen und mittleren Texten in Schweden (28%), gefolgt von den Niederlanden (41%), Kanada (42%), den USA (47%) und Deutschland (49%).

In der Schweiz hat ein Fünftel gar Probleme mit dem Lesen von einfachen Texten (Niveau 1). Auch bei den hochkompetenten Leserinnen und Lesern (Niveau 4/5) liegt die Schweiz mit einem geringen Anteil von rund 10% im hinteren Teil des Feldes.

## Arbeitsgesetz ◉ Vox-Analyse

# Warum abgelehnt?

Die veröffentlichte Vox-Analyse zu den Abstimmungsvorlagen vom vergangenen 1. Dezember zeigt deutlich: Nicht die von SP und Gewerkschaften geschürte Angst vor einem «Sozialabbau», sondern andere Motive führten zum Nein des Stimmvolkes.

MRS. Beinahe 67 Prozent der linken Stimmenden zur Vorlage über das revidierte Arbeitsgesetz: Es war eine diskussionlose Niederlage für die Befürworter der moderaten Liberalisierungsvorlage.

Die sonst wenig siegewöhnte SP zögerte denn auch nicht, nach dem erwarteten Triumphgeheul die bürgerlichen Regierungspartner sogleich mit wilden Drohgebärden vor weiteren Versuchen zum sogenannten «Sozialabbau» zu warnen: Noch gleichentags glaubten die Genossinnen und Genossen nun die Bedingungen für eine Neuauflage der gescheiterten Vorlage diktieren zu können.

### Bemerkenswerte Feststellungen

Spätestens jetzt, nach Vorliegen der Vox-Analyse zur Abstimmung über das Arbeitsgesetz, dürften auch die letzten linken Träumer auf den Boden der Realität zurückgekehrt sein. Alle, die es auch wollen, wissen nämlich jetzt einiges besser. Insbesondere folgende Punkte der Analyse sind bemerkenswert:

■ Die FDP sagte klar Ja zum revidierten Arbeitsge-

setz, und die freisinnige Wählerschaft hat diese Parole unterstützt (im Gegensatz zur stark konservativen Wählerschaft der ebenfalls befürwortenden SVP).

■ Dominierendes Motiv vieler Gegner der Revision war die vorgesehene Möglichkeit der vorsichtigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten an jährlich sechs Sonntagen.

■ Der Entscheid ist kein Votum gegen Sozialabbau. Der linke Slogan «Stop dem Sozialabbau» konnte trotz emotional geführter Kampagne nicht verfangen: Eine Mehrheit der Stimmberechtigten stimmte dieser Aussage nicht zu.

Damit steht fest: Nicht die immer wieder wiederholte Mär vom Sozialabbau gab den Ausschlag für die Verwerfung der Vorlage, sondern die Tatsache, dass das Fuder mit der leichten Lockerung des Sonntagsarbeitsverbotes überladen wurde. Die einmal mehr hin- und hergerissene CVP tat dabei ein übriges, um den Schiffbruch der Revision zu besiegeln.

### Keine Forderungen aus der Mottenkiste!

Demgegenüber trat die Angst vor dem Sozialabbau in den Hintergrund. Dessen müssen sich SP und Gewerkschaften bewusst sein, wenn die Arbeiten an einer Neuauflage der Vorlage der einst beginnen. Einseitige, übertriebene und unrealistische Forderungen aus der Mottenkiste dürften auch dann zumal auf Ablehnung stossen.